

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugs-Bedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:

monatlich Ks 16.—
vierteljährlich 48.—
halbjährlich 96.—
jährlich 192.—

Rückstellung von Manu-
skripten erfolgt nur bei Ein-
sendung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme
des Montags täglich (1926)

6. Jahrgang.

Freitag, 5. März 1926.

Nr. 55.

Eine dreifache Herausforderung.

In einer Rede hat gestern der Justizminister Dr. Biskovsky sich eine Herausforderung geleistet, wie man sie von einem Minister kaum jemals gehört hat. Er hat die Klagen und Proteste der tschechischen Bevölkerung über die Sprachenverordnung ganz im Tone der obstruktiven tschechischen Winkelpresse „Querulantentum“ genannt. Bisher ist dieses Wort nur von jenen armseligen nationalistischen Schreiberlingen angewendet worden, die mit diesem und noch einem halben Duzend ähnlicher Schlagwörter den Abwehrkampf gegen die nationalistischen Gewaltmethoden der Regierung zu diskreditieren suchen. Gestern hat ein leibhaftiger Minister gezeigt, daß er den Ehrgeiz hat, auf das Niveau dieser Stribenten herabzusteigen und er hat damit eine Probe gegeben, wie er und seine Kollegen in der Regierung sich die Diskussion über die Sprachenverordnung vorstellen.

Zur Verhandlung stand ein Antrag der Regierung auf Verlängerung der Geltungsdauer des Gesetzes, womit die Wirksamkeit der Geschworenengerichte in Karpathoruhland in gewissen Fällen ausgeschaltet wird. Da die Parlamentsmehrheit unter rücksichtsloser Anwendung der Drofflungsbestimmungen der Geschäftsordnung bisher jede Debatte über die Sprachenverordnung verhindert hat, und da auch das standalöse Vorgehen der Staatspolizei in Karlsbad gegenüber demonstrierenden Arbeitern dringend eine Besprechung heischte, benützte Abgeordneter Genosse de Witte die Gelegenheit der Debatte über den zur Verhandlung stehenden Gegenstand, um die Karlsbader Vorfälle zur Sprache zu bringen und im Namen des Klubs der deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten einen Protest gegen diesen Akt der Polizeivillkür vorzutragen.

Während der ganzen Debatte war weder der das Parlament auch sonst mit Mißachtung strafende Herr Ministerpräsident, noch der Herr Herr Innenminister anwesend. An ihnen wäre es gelegen gewesen, auf die von unserem Redner vorgetragene Angriffe zu antworten, aber beide Herren machen sich im Parlament sehr rar und so war, obwohl die Regierung ahnen konnte, daß die Karlsbader Ereignisse nicht unbefprochen bleiben würden, fast scheinbar nur der Herr Dr. Biskovsky anwesend, den die ganze Sache eigentlich gar nichts angeht, da sie nicht in sein Ressort fällt, und der weder als der für die Sprachenverordnungen noch für das Vorgehen der Karlsbader Polizei verantwortliche Mann angesehen werden kann. Aber in seiner Rede, in der er auf die Ausführungen der Redner zu der karpathorussischen Angelegenheit erwiderte, leistete sich dieser Herr das Extraverwagliche, sowohl die Sprachenverordnung als auch die Karlsbader Polizei zu verteidigen und in schnodderiger Weise die Beschwerdeführer abzutun. Neuest erklärte er, er wolle nicht auf einzelne Neußerungen des sozialdemokratischen Redners antworten, da er sich „nicht auf einen anderen Boden begeben“, sondern an den Gegenstand der Verhandlung halten wolle. Es werde über diese Sachen, also über die Sprachenverordnung und Karlsbad, eine Debatte durchgeführt werden, der weder die Koalitionsparteien noch die Regierung ausweichen wollen. Gleich darauf aber begab er sich doch auf einen „anderen Boden“ und meinte höhnisch, die Regierung und die Koalitionsparteien werden eine solche Debatte nur „begrüßen“, damit sie „der ganzen Welt“ — die wohl nach der Meinung des Herrn Biskovsky alles, was die Koalitionsparteien sagen, als reinste Wahrheit anstieht — die „Macht der Duerulanten“ zeige, welche Gelegenheit bald den Abgeordneten und auch der ganzen Welt in kurzer Zeit gegeben sein werde.

Also, Querulantentum! Die Regierung läßt es durch eines ihrer Mitglieder jetzt schon verkünden, wie sie vor der Öffentlichkeit das Unrecht der Sprachenverordnung, das Millionen von Staatsbürgern zu Heloten stampelt, wie auch das brutale Vorgehen der

Polizei in Karlsbad zu „begründen“ gedenkt. Es ist alles nur — Querulantentum! Querulantentum ist es, wenn sich die nichttschechische Bevölkerung dagegen zur Wehr setzt, daß eine Regierung, die nicht einmal die wirkliche Mehrheit der Bevölkerung hinter sich hat, aus eigener Machtvollkommenheit, ohne das Parlament zu befragen, ohne ihm zu berichten und auch ohne den nicht der Koalition angehörenden Parteien vorher den Inhalt der Sprachenverordnung mitzuteilen, damit sie sich darüber wenigstens äußern können, einen Akt setzt, der für Millionen Menschen im Staate von schwer wiegender Bedeutung ist und der ihnen sowohl den Verkehr mit den Behörden, als auch die Möglichkeiten, bei Gericht in ihrer Sprache Recht zu finden, auf das allerhöchste einschränkt. Es ist auch Querulantentum, wenn deutsche Arbeiter, die gegen das an ihnen geübte gehäufte Unrecht durch eine Straßendemonstration sich wehren, nicht begreifen wollen, daß dieses Recht, ihren Willen öffentlich kundzutun, ihnen von jedem tschechischen Polizeioffizier genommen werden kann, und wenn sie nicht verstehen wollen, daß der Bendrel eben dazu da ist, um jede Neuerung des Unwissens über die unerhörten Regierungsmethoden zu erstickend!

Dabei geben sich Biskovsky und Genossen der Meinung hin, es werde ihnen gelingen, wenn sie den Spieß umdrehen, der Welt außerhalb der Wählererschaft der Koalitionsparteien einzureden, die Regierung bestünde aus lauter Bawaren, denen bitteres Unrecht geschieht, wenn man sie der nationalen Unterdrückungspolitik beschuldigt. Was bei den Lesern der tschechischen Presse bisher geglättet ist, da diese Zeitgenossen aus ihren Rednerorganen nie die wirkliche Meinung und Stimmung der anderssprachigen Bevölkerung erfahren und denen jede Regierungsmaßnahme als ein Akt lauterster Menschenliebe eingegeben wird, damit wird es bei der übrigen Welt, die auch andere Informationsquellen benützt, nicht so leicht gehen. Das sei dem Herrn Biskovsky und seinem Austraggeber schon heute mit aller Brändlichkeit versichert. Die vom Justizminister angerufene „ganze Welt“ wird sich über die Zustände hierzulande schon das richtige Bild machen und sie wird darüber zu urteilen Gelegenheit haben, ob jene Teile der Bevölkerung, welche das Opfer der herrschenden Gewaltpolitik sind, es verdienen, von den Ausübern dieser Gewalt auch noch als „Querulanten“ beschimpft zu werden.

Das ist aber nicht die einzige Dreistigkeit, deren sich der streitbare Herr Dr. Biskovsky vermaß. Auf die Karlsbader Polizeiaten übergehend, „konstatierte“ er, man dürfe nicht glauben, und auch in der Demokratie dürfe man es nicht glauben, ein Beamter sei nur dazu da, um „ohne Schutz den allergrößten Angriffen der Bevölkerung ausgesetzt zu sein“. Und ermuntert durch den Beifall der Koalitionspagoden fuhr er fort: „Wenn die Herren, anstatt den Weg der Diskussion über die Sprachenverordnungen zu wählen, diese Sache durch Straßendemonstrationen austragen, dann müssen sie erwarten, daß gegen diese Polizei Stellen.“ Noch ist das Ergebnis der Unterjudung über Karlsbad nicht bekannt, der Herr Justizminister hatte auch, da dies mit seinem Amte gar nichts zu tun hat, weder Gelegenheit, sich davon zu überzeugen, was in Karlsbad geschah — seine Wissenschaft darüber stammt zweifelsohne nur aus der tschechischen Tagespresse — noch auch stehen ihm die Quellen zur Verfügung, aus denen er ein unparteiisches Urteil über die Karlsbader Geschehnisse schöpfen könnte, aber schon bricht er den Stab, natürlich nicht über die mit dem Bendrel dreinschlagende Polizei, sondern über die um ihre Rechte demonstrierenden Arbeiter! Das ist der Polizeigeist vom reinsten Wasser: wenn ihr demonstriert, dann müßt ihr darauf gefaßt sein, die „Macht und die Waffen“ der Polizei zu spüren. Denn die Polizei ist nicht dazu da, um die Rechte der Staatsbürger zu schützen, sondern die Staatsbürger sind dazu

da, um sich die Uebergriffe der Polizei gefallen zu lassen.

Daß ein solcher Geist gerade aus dem Justizminister spricht, der der oberste Hüter der unparteiisch sein sollenden Justiz ist, das ist wieder eine Besonderheit, die nur in diesem Staate möglich ist. Erst hat dieser Herr es geduldet, daß im Bodenamt, dessen Leiter er war, eine fürchterliche Mißwirtschaft eintrifft, dann wurde er für reif befunden, an die Spitze des Justizwesens der Republik zu treten und nun müßt er auch noch dieses Amt, um mit seinem höchst unglücklichen Extempore die deutsche Arbeiterschaft und neben ihr auch große Teile der übrigen Bevölkerung zu provozieren. Eine Provokation ärgerer Art ist es auch, wenn er den Begnern der Sprachenverordnung vorhält, sie hätten lieber den Weg der Diskussion über die Sprachenverordnung wählen sollen! Diesen Vorhalt macht ein Mitglied derselben Regierung und derselben Koalitionsparteien,

die bisher mit Klauen und Zähnen sich gegen jede Diskussion über die Sprachenverordnung gewehrt haben und die noch am Mittwoch einen im Senat eingebrachten Antrag auf Eröffnung der Debatte über die Sprachenverordnungen rücksichtslos niedergestimmt haben! Die Regierung und mit ihr der Herr Dr. Biskovsky, der in so brillanter Weise sein erstes Auftreten im Parlament feierte, werden sich täuschen, wenn sie glauben, durch solche Herausforderungen die Gemüter zu beruhigen und den Kampf gegen das durch die Sprachenverordnung und durch andere Regierungsmaßnahmen geführte Unrecht zum Stillstand zu bringen. Die deutsche Arbeiterschaft wird sich auch wieder durch Herrn Biskovsky noch durch irgendwelche Polizeigewaltige das Recht auf die Straße, das sie sich im hochreaktionären Oesterreich erobert hat, nehmen lassen!

Die Polizeifnüppel unter ministeriellem Schutz

Flammende Anklagen des Genossen de Witte im Parlament. — Biskovsky verteidigt die armen Polizisten. — Große Lärmjahren. — Fortdauer des Ausnahmezustandes in Karpathoruhland.

Prag, 4. März. In der heutigen Parlamentssitzung hatte man wieder einmal so recht Gelegenheit, die tschechoslowakische Demokratie in allen ihren Spielarten nach Gebühr bewundern zu können. Einen untrüglich demokratischen Eindruck machte vor allem der Vizepräsident Dostalek, der wie ein gestrenger Schulmeister von anno dazumal auf dem Präsidentenstuhl thronete und Ordnungsrufe an Abgeordnete, die auch nur einen Zwischenruf zu machen sich getrauten, gleich schodweise ausstieß. Eine richtiggehende demokratische tschechoslowakische Ursprungs kam auch zum Vorschein bei der Verhandlung des Regierungsentwurfes über die weitere Suspendierung der Schwurgerichte in Karpathoruhland. Was das erzreaktionäre Ungarn schon vor dreißig Jahren den Bewohnern Karpathoruhlands zugesprochen mußte, das haben die tschechischen Bestreuer mit Rücksicht auf die „Unreise“ des Volkes schleunigst wieder aufgehoben und so herrscht schon mehr als sieben Jahre ein Ausnahmezustand äroster Sorte in diesem Lande, dem seine Selbstverwaltung durch die Friedensverträge garantiert ist. Auch der demonstrative Beifall der Koalition während der Rede des Justizministers Biskovsky, der natürlich an der Vorlage alles gut und schön fand, konnte nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Art und Weise, wie man seit Jahren der dort einheimischen Bevölkerung ihre Autonomie, ihren eigenen Landtag ihre eigenen Volksgerichte vorantreibt und erst in jüngster Zeit durch die Sprachenverordnung die Landessprache zu einer Minderheitsprache degradiert hat, alles andere denn demokratisch ist.

So war die Stimmung schon entsprechend vorbereitet, als sich Genosse de Witte mit den jüngsten, alles bisherige in den Schatten stellenden Auswüchse des Polizeifnüppels in Karlsbad beschäftigte. Genosse de Witte hat diese Feldnotizen der Karlsbader Staatspolizei unmittelbar miterlebt und so blieb seine von tiefer Empörung getragene Anklage gegen dieses System, das im Polizeifnüppel seine letzte und einzige Rettung sieht, auch auf die hart gestottene Koalition nicht ohne sichtlichen Eindruck; die ungeheure Erregung, die sich unserer Genossen bei der Schilderung des brutalen Vorgehens der Polizei bemächtigte, machte sich in einem Hagel von Zwischenrufen Luft, der sich infolge des provozierenden Verhaltens des tschechischen Agrariers Dubieck, der die Situation durch ironische Bemerkungen zu retten suchte, noch verstärkte. Auch die übrige Opposition begleitete die Anklage de Wittes stellenweise mit stürmischer Zustimmung. Um so empörender wirkte der Jynismus, mit dem der Justizminister unter völliger Verdrückung der Tatsachen die armen Polizisten in Schutz nahm. Seine Rede ging vielfach in dem Lärm der gefallenen Opposition unter, die sich auch durch Ordnungsrufe Stibins nicht einschüchtern ließ und gipfelte in einem allerdings völlig mißglückten Angriff, als er die nicht mehr zu überbietende Behauptung aufstellte, unsere Genossen seien der Diskussion ausgewichen und lieber auf die Straße gegangen, um dort zu demonstrieren. Jedes Wackeln weiß es, wer die Diskussion über die Sprachenverordnung nun schon seit Wochen durch alle möglichen Winkelzüge

zu verhindern sucht, nur der Herr Minister Biskovsky spielt den ahnungslosen Enkel. Auch heute wurde der Antrag unserer Genossen, der Innenminister, in dessen Ressort die Staatspolizei fällt, möge unverzüglich über die Karlsbader Vorfälle berichten, wieder glatt abgelehnt.

Die erneute Kampfansage des Genossen de Witte namens unserer Partei an dieses System der Furchel und Unterdrückung, das das schrecklichste Zerrbild einer wahren Demokratie ist, wird sicher nicht wirkungslos verhallen, sondern alle Schichten des werktätigen Volkes durchdringen und sie zusammenschaffen zum rücksichtslosen Kampf gegen dieses System, der erst mit dessen Sturz ein Ende finden kann.

Die Sitzung beginnt mit der üblichen, diesmal nur einstündigen Versammlung, gegen 3 Uhr nachmittags. Im Druck liegt bereits der Bericht des Initiativ Ausschusses über den Mißtrauens-Antrag des deutschen Verbandes gegen die Regierung wegen der Verletzung der Minderheitsrechte durch die Sprachenverordnung vor. Dem offiziellen Ausschuhbericht, der die Ablehnung empfiehlt, steht ein Minderheitsvotum der Antragsteller gegenüber. In der nächsten Sitzung, die für Donnerstag den 11. März anberaumt ist, dürfte sich demnach die Debatte über die Sprachenverordnungen entspannen.

Den ersten Punkt der Tagesordnung bildet der Regierungsantrag auf

Verlängerung der Wirksamkeit des Gesetzes vom 8. Jänner 1922, wodurch die Tätigkeit der Geschworenengerichte in Karpathoruhland beschränkt wird.

Hierzu entwickelt sich eine lebhaft, langandauernde Debatte. Nach dem Berichte des Abgeordneten Dr. Ralitz für den verfassungsrechtlichen Ausschuh, der darauf hinweist, daß die Geschworenengerichte nur bei unpolitischen Straftaten, auf die keine Todesstrafe steht, suspendiert werden und vor allem auch der Mangel an geeigneten Räumlichkeiten die volle Tätigkeit der Geschworenengerichte vorläufig behindere, kam der Kommunist Gati zu Worte. Er wies darauf hin, daß die besondere Stellung Karpathoruhlands nach den Friedensverträgen von der Regierung durch volle acht Jahre mißachtet werde. Nun soll durch die Regierungsvorlage das karpathorussische Volk auch jener Rechte weiter beraubt werden, welche alle anderen Bürger dieser Republik genießen. Die Regierung denke nicht daran, Wahlen auszusprechen, und die kürzlich herausgegebenen Sprachenverordnungen seien direkt eine Ohrfeige für Karpathoruhland, denn die ruthenische Sprache werde durch sie zu einer Minderheitsprache herabgedrückt. Als Gati des früheren Abgeordneten Taußel gedenkt, der jetzt im Gefängnis mit Schwerverbrechen zusammenhängt, beginnen die Kommunisten zu lärmern und zahlreiche Zwischenrufe zu machen, auf die der Vorstehende Dostalek prompt mit einigen Ordnungsrufen reagiert, was erneut Lärmjahren hervorruft.

Robera (deutsch-nat.) gedenkt zunächst der Geschehen des 4. März 1919 und erklärt anknüpfend daran, daß dieselben Verhältnisse, die damals bei uns herrschten, auch jetzt noch in Karpathenland an der Tagesordnung sind. Karpathenland habe Anspruch auf Geschworenengerichte, weil die tschechischen Richter in Unter-

nis der Verhältnisse Fehlurteile fällen. Der Ausfall der dortigen Wahlen sollte für die Prager Oligarchie eine Warnung sein. Der Gedanke des Selbstbestimmungsrechtes werde sich einmal für Karpathenland genau so durchsetzen, wie für das Gebiet der Sudetendeutschen. Die Zeit und die tschechische Mentalität arbeiten in diesem Sinne.

Die Karlsbader Vorfälle.

Darauf kommt

Genosse De Witte

zu Worte, der unter anderem ausführt:

Die Vorlage bedeutet ein neuerliches Schwere Unrecht gegen die Bevölkerung von Karpathenland, zu den vielen Verfassungsbrüchen, die diese Regierung bereits am Gewissen hat, eben ein neue. Man begründet es damit, daß die Bevölkerung nicht reif sei. Man vergißt allerdings, daß die Bevölkerung wohl reif genug ist, Militärdienste zu leisten, Steuern zu zahlen und sich in jeder Beziehung dem Staate zur Verfügung zu stellen, dafür schaltet man die Volkspolizei aus, man herrscht einfach mit dem Polizeiwort über die Menschen. (Beifall.) Und nicht nur in Karpathenland,

auch andernwärts in unserem Staate wird gegen die Kinderarbeiten nicht anders vorgegangen.

Was sich Dienstag am Beispiel, um eine Illustration anzuführen, in Karlsbad abgepielt hat.

Zwischentafel auf der Seiten: Und Sonntag in Kuffstal!

Am Samstag, aber Dienstag am allerzärtlichsten in Karlsbad, das muß hier zur Sprache kommen. Es ist unklar, über dieses System einmal zu sprechen und uns einmal mit der ganzen Staatspolizei und dem Seminalweien zu beschäftigen.

Die Vorgänge am Dienstag in Karlsbad erheischen die strengste Untersuchung, denn es ist nicht das Verdienst der Polizei, daß es keine Losen gegeben hat;

wären unsere Arbeiter und unsere roten Wehren weniger benommen gewesen, wäre es nicht dabei geblieben, daß Frauen, Jugendliche und Kinder lediglich mit dem Gummistock mißbehandelt worden waren.

Wir hätten in Karlsbad zum zweitenmal den Tag erlebt, dessen siebenjähriges Gedenken uns eben heute mit Schmerz und Zorn erfüllen. Wir hätten einen zweiten 4. März erlebt.

Die Untersuchung nach der wir rufen, stellen wir uns jedoch anders vor, als damals nach dem 4. März 1919. Es ist damit nichts getan, daß wieder so gelogen und alles auf den Kopf gestellt wird

wie damals nach dem 4. März.

Karlsbad hat seit vier Jahren Staatspolizei. Seit dieser Zeit ist die Geduld unserer Bevölkerung auf eine harte Probe gestellt worden, denn von allem Anfang an war es das Streben der Staatspolizei, die starke Faust zu zeigen. Alle persönliche Freiheit in Karlsbad ist seit dem Tage einfach ausgelöscht und man kann sich belästigt vorstellen, wenn das hier bei uns in Karlsbad vorkommt, wie es der Bevölkerung von Karpathenland ergeben mag. (Starker Beifall.) Nicht nur jede Versammlung bei uns hier in Karlsbad, die kleinste Zusammenkunft steht unter Polizeikontrolle und

auf Schritt und Tritt sind wir bevormundet.

Bei einem Bezirkskommerfest der sozialdemokratischen Partei wimmelte es von Polizisten, bei jedem Fest stiften die Polizei Unfreiden. Es kommt die rigorosste Auslegung des Versammlungsgesetzes hinzu und weiter, daß

die Polizei in Karlsbad nicht verfassungsfähig

ist, daß sie mit den Versammlungseinberufern Verträge abschließt und dann auf die Leute, die vertragsgemäß vorgehen, den Gummirollen niederhauen läßt. (Abg. Kreibitz: Die ganze Regierung ist nicht verfassungsfähig.) Jede kleinste Unterhaltung wird polizeilich überwacht, jeder Vortragstezt steht unter strengster Zensur. (Lärm.)

Für unsere Staatspolizei gibt es Revolutionen bis zum Jahre 1848.

Alles, was nach dem Jahre 1848 kommt, duldet die Staatspolizei einfach nicht.

Nur eine übermäßige Geduld der Bevölkerung ist imstande gewesen, das alles zu ertragen.

Wie die Staatspolizei eingestellt ist, dafür ist ein Beweis die Erledigung unserer Versammlungsanzeige. Es heißt hier:

„Allen Anordnungen des intervenierenden Polizeibeamten haben sie, so wie alle übrigen Versammler zu gehorchen. Gleichzeitig fordere ich Sie auf, die eventuelle Resolution dem intervenierenden Beamten spätestens bei der Eröffnung der Versammlung zur Einsicht vorzulegen.“

„Haben Sie zu gehorchen“, „fordere ich Sie auf“. So hat es kein k. k. Bezirkshauptmann gewagt, mit kaiserlichen Unterleuten zu sprechen. Dieser Herrenton, dieser Kasernenton, und dieser Ton des Uebermutes, kennzeichnet die Situation.

Und nun einige Worte über die Versammlung selbst. Sie werden den Fall aus den Zeit-

ungen kennen. Die drei großen Versammlungen waren in voller Ruhe in Würde verlaufen. Beim Stadttheater hält jedoch der Revierinspektor Kascha den Zug auf. Dieser ebenfalls k. k. Rittmeister stört den ganzen Verlauf des Tages. Man muß sich nur vorstellen: etwa 15.000 Menschen drängen nach und er will mit einer Hand voll Polizisten den Zug aufhalten. Ich interveniere und er gibt mir zur Antwort: „Der Zug ist nicht angemeldet“. Endlich gibt er den Zug auf seine Verantwortung hin frei. Nun streben diese Massen vorwärts und jetzt geschieht der Wahnsinn: Richtig macht die Polizei lehr und haut mit den Knütteln besinnungslos auf die Menschen ein, auf alte Frauen, die zufällig in die erste Reihe gekommen sind, auf Kinder wird losgeschlagen. Es wurde ein offizieller Polizeibericht herausgegeben. Es heißt hier:

Da noch ein Teil der Teilnehmer Miene machte, in das Gebäude der Bezirksverwaltung einzutreten, wollte die Wache sie daran hindern. Hierbei kam es zu Gewalttätigkeiten seitens der Umzügler. Die Wache wurde mit Steinen angegriffen, Polizeinspektor und Polizeimann wurden von der Menge angegriffen.

Es ist vom ersten bis zum letzten Wort eine Lüge und nichts weiter.

Es gibt dort keine Steine, um sie werfen zu können. Man warf nicht, man schlug nicht, man wurde geschlagen. Mir wurde vom rechten Fuß der Schuh in Stücke gerissen. So war das Gedränge und das Gewühl, in dem sich die Polizeischlacht abgepielt hat. Die Polizei hat auf die Fliehenden losgeschlagen und nun erst haben einzelne Leute zurückgeschlagen. Auf wen haben sie geschlagen? Wer ist dieser angeblich verdammte Propaganda! Er war kürzlich auf zwei Monate außer Dienst gestellt unter dem Verdacht geistiger Unzurechnungsfähigkeit. Er durfte nicht eine Minute länger auf seinem Posten bleiben.

Abg. Gorphyka: Hier wird er avancieren. Sicher. Es hat kein Vor und kein Zurück gegeben. Mehrere Leute sprangen in den Fluß, um sich zu retten. Es waren die Seitengassen abgesperrt, die Hauptstraße beiderseits abgesperrt und die Polizei hat mit den Knütteln auf die Massen losgedroschen. Interventionen waren unmöglich. Man hat an den Polizeichef telephonierte, aber ohne Erfolg.

Unsere Leute haben allein die Situation gerettet,

sie haben die Verletzten weggeschafft, sie haben die Leute beruhigt, trotzdem sie selbst von der Polizei geschlagen wurden.

Gen. Dr. Czich: Wir stellen fest, daß der Zug hinstgerecht von der Polizei bewilligt worden ist.

Wäre unser Volk nicht disziplinierter gewesen als die Polizei, so wäre

ein sächterliches Blutbad

die Folge gewesen. (Erneuter Lärm bei der gesamten Opposition.)

Die Konfiskation des „Volkswille“.

Und nun zur Charakteristik der Zustände in diesem Staate. Dieselbe Staatspolizei ist auch Zensurbehörde. Wie sie

die Zensur

ausübt, dafür haben Sie hier ein Beispiel. (Er zeigt ein konfisziertes Exemplar des „Volkswille“.) Das ist der Bericht, der wörtlich in verschiedenen anderen Zeitungen steht und im „Volkswille“ konfisziert worden ist. Das ist wohl der Gipfel der Unverschämtheit.

Die Polizei knüttelt friedliche Menschen nieder und verhindert mit dem Knüttel, daß darüber geschrieben wird.

Im Namen meiner Partei habe ich zu diesen Ereignissen folgende

Erklärung

abgegeben:

Die empörenden Vorfälle von Karlsbad haben dem Regierungssystem wieder einmal die Maske heruntergerissen. Auf die erste würdige Rundgebung des Willens der arbeitenden Bevölkerung gibt es keine andere Antwort als die Gewalt. Wir stellen fest, daß sich in Karlsbad viele Tausende Arbeiter in voller Ruhe versammelt, in voller Ruhe demonstriert haben; wir stellen fest, daß über die Form der Rundgebung eine Vereinbarung zustande gekommen ist und daß die Polizei unter Bruch dieser Vereinbarung die friedlichen Demonstranten überfallen und aus einander gejagt hat. Die Rücksichtslosigkeit, mit welcher eine ruhige Rundgebung gegen die soziale und nationale Reaktion gewalttätig niedergeschlagen wurde, wird den Widerstand der arbeitenden Massen gegen den Regierungsabsolutismus nur verstärken, die Erbitterung gegen seine Methoden nur steigern. Wir protestieren gegen seine Methoden nur steigern. Wir protestieren gegen die Polizei-

bestimmten, die keine bereingete Erscheinung, sondern ein Ausfluß des Systems sind, mit aller Leidenschaft und Entschiedenheit und erklären, daß wir entschlossen sind, gegen dieses ganze System bürokratischer Willkür und Bedrückung jetzt erst recht den Kampf mit allen Mitteln und mit aller Energie fortzusetzen.“

Ich habe dem weiter nichts mehr hinzuzufügen. Nur eines möchte ich allen jenen Herren von der Koalitionsseite sagen, die so oft uns Nationalisten heißen. Die Herren stellen sich wohl unter Marxismus vor, daß wir uns jede Schurkenta, jede Niedertracht, jede Gewalt gefallen lassen müßten. Wenn Sie mit solchen Ansichten herumgehen, so werden sie sich gründlich getäuscht haben. Wir haben uns immer gegen das Unrecht gewehrt, von welcher Seite es auch gekommen ist, und wehren uns erst recht, wenn wir getreten werden.

Wir werden mit dem, was wir machen, vor dem Urteile der Welt bestehen. Ob Sie es vor dem Urteil der Welt bestehen werden, ist eine andere Frage.

(Starker Beifall bei unseren Genossen.)

Koczor (Ung.-Nat.) weist darauf hin, daß unter dem ungarischen Regime die Karpathen schon vor dreißig Jahren Geschworenengerichte hatten und nun auf einmal seien sie dafür nicht reif. Der Völkerverbund und die ganze Welt müßten erfahren, wie bei uns die Demokratie angewendet wird. Er befaßt sich sodann ausführlich mit den Unzulänglichkeiten im Gerichtswesen Karpathenlands, die sich in dem Mangel an Richtern und in der übermäßigen Größe der Gerichtsprängel äußern.

Kurjfal (Auton. Sojus) bezieht sich gleichfalls über die gebrochenen Versprechungen, die man den Karpathen schon gemacht habe, und protestiert namentlich gegen die Sprachenverordnung, welche die Rechte der einheimischen Bevölkerung aufhebt, sowie dagegen, daß in den Schulen die großrussische Sprache eingeführt wird.

Darauf fühlte sich der Justizminister Bykowsky bemüht, die von allen Seiten angegriffene Vorlage zu verteidigen. Seine Rede ging zum großen Teil im Lärm und in Zwischenrufen namentlich unserer Genossen und der Kommunisten unter. Er suchte darzulegen, daß für die Vorlage keine politischen Gründe maßgebend seien und daß die Regierung nur Zeit für die Reaktivierung der Geschworenengerichte gewinnen wolle; sonst müßte das Vertrauen in die Laiengerichtbarkeit schwinden, wenn die Geschworenengerichte ohne Erfüllung der nötigen Voraussetzungen ihre Tätigkeit begännen. (Lärm bei den Deutschen und Kommunisten.) Diese Schwierigkeiten sucht der Minister in dem Mangel an geeigneten Räumlichkeiten für Geschworenengerichte in Ungarn. Der Bau von neuen Gerichtsgebäuden werde dort beschleunigt. Er verweist auf die Ueberbürdung der Gerichte und auch auf die angeblichen Sprachschwierigkeiten, die den Geschworenengerichten in Karpathenland im Wege stünden. Aus diesen Gründen wurde seinerzeit das in Verhandlung stehende Gesetz eingeleitet und deshalb müsse er dessen weitere Verlängerung fordern. Bei Eilitten, auf die Todesstrafe steht, würde ein Geschworenengericht außerhalb Karpathenland delegiert. Der russischen Bevölkerung sei durch die Sprachenverordnung das volle Recht auf Gebrauch ihrer Sprache in allen Akten gesichert worden. (Stürmischer Widerspruch bei den Kommunisten.) Nach einer Polemik gegen die Behauptungen des Abgeordneten Gati, daß die Ungarn in mancher Beziehung viel demokratischer gewesen seien, reagiert der Minister auf die Rede des Genossen de Witte und sagt: „Der Herr Abgeordnete de Witte ließ sich begreiflicherweise die Gelegenheit nicht entgehen, in der Debatte die bekannten Vorfälle in Karlsbad zu berühren, die wir alle aufrichtig bedauern müssen. Wenn ich auf die einzelnen Äußerungen des Herrn Abgeordneten de Witte nicht antworte, so tue ich dies nur deshalb, weil ich die Debatte heute nicht auf ein anderes Gebiet bringen will. Auch über diese Sachen wird hier eine Debatte abgeführt werden, der weder die Regierung noch die Koalitionsparteien ausweichen wollen. Sie begrüßen (?) sie im Gegenteil, um der ganzen Welt dieses Querschnitts dem das zu den Karlsbader und den übrigen Demonstrationen führte, in seiner ganzen Blöße zu zeigen. Es wurde hier über das Vorgehen der Polizei und der Polizeibeamten gesprochen. Demgegenüber muß ich nur eines konstatieren: Meine Herren, auch in der Demokratie darf niemand glauben, daß ein Beamter nur dazu da ist, um schuflos den argsten Angriffen einer verbildeten Bevölkerung ausgesetzt zu sein. Wenn Sie die Sprachenverordnungen durch Straßendemonstrationen erledigen, statt den Weg der Diskussion zu gehen (wer hat die Diskussion bisher mit allen Mitteln hintertrieben? D. Red.), so müssen Sie auch erwarten, daß gegen Sie sich wieder die Polizei mit bewaffneter Macht stellt. (Stürmischer Widerspruch und Zwischenrufe auf der ganzen Linken und namentlich bei unseren Genossen.) (Gegenüber den Ausführungen des Deutschnationalen Koberg verteidigt der Minister die exponierten tschechischen Beamten in Karpathenland und in den deutschen Gebieten.

Zu neuerlichen Krawallen kommt es, als der Kommunist Bohlen wieder eine krasse Verletzung der Abgeordnetenimmunität mittelste. Dort wurde der Abgeordnete Seteriak bei einer

Versammlung von einem Gendarmenkapitän mit dem Säbel bedroht, verhaftet und erst nach geminen Beschimpfungen wieder in Freiheit gesetzt worden. Das tschechische Polizeisystem habe sich in den letzten fünf Jahren mit mehr Schande überhäuft als das österreichische in den letzten fünfzig Jahren. (Großer Beifall.)

Nach dem Minister deckt auch der katholische Volksparteiler Bolosim das Vorgehen der Regierung und hob namentlich deren angebliche Verdienste um das Schulwesen und das öffentliche Bildungswesen überhaupt hervor. Er sei von dem vorgelegten Gesetze nicht begeistert, hoffe aber, daß es nur ein Jahr mehr in Geltung bleiben werde.

Nach einem Schlußwort des Berichterstatters wurde sodann der Regierungsentwurf mit der einen Abänderung genehmigt, daß das Gesetz bloß bis Ende dieses Jahres verlängert wird.

In zweiter Lesung werden hierauf die neulich verhandelten außerordentlichen Zuschläge zu den direkten Steuern genehmigt.

Den dritten Punkt der Tagesordnung über

Vertrag mit Polen über die Erleichterung des kleinen Grenzverkehrs.

Es spricht hierzu außer den beiden Berichterstattern der Nationalsozialist Arebs, der darauf hinweist, daß das Gesetz zwar den Kriegszustand an der polnischen Grenze liquidiere, während gleichzeitig ein neues Kriegsgebiet an der deutschen Grenze entstehe. Hierfür sei bezeichnend die Durchführung der Bodenreform, welche die deutsche Heimat in Stücke reiße. Der Kommunist Peter hält seine erste Rede „im Interesse der Tschener arbeitenden Bevölkerung“. Er kritisiert die vielen Mängel der Vorlage und bemängelt insbesondere, daß die Arbeiter durch diese Vorlage der Bürokratie und den örtlichen politischen Faktoren schuflos ausgefetzt seien. Der Kommunist Sibla erklärt polnisch, daß die Vorlage ein abgekartetes Spiel zwischen der polnischen und der tschechischen Regierung sei. Die Methoden der tschechischen Regierung in Schlesien unterscheiden sich in nichts von denen des alten Oesterreich.

Auch diese Vorlage wird schließlich mit den Stimmen der Koalition angenommen, ebenso ohne Debatte eine Vereinbarung bezüglich der Verzollung gewisser englischer Reklamendruckarten sowie der Handelsvertrag mit Albanien.

Die übrigen Punkte der Tagesordnung wurden zurückgestellt und vor Schluß der Sitzung noch schnell einige Dringlichkeitsanträge der Opposition abgewürgt, darunter auch eine Interpellation Dr. Czich und Genossen über die Sprachenverordnung und ein zweiter Antrag des Genossen Dr. Czich, es möge der Innenminister persönlich in der heutigen Sitzung erscheinen und über die Vorfälle am 2. März in Karlsbad eine Erklärung abgeben.

Nächste Sitzung Donnerstag, den 11. März um 10 Uhr vormittag.

Für eine Erhöhung des Tagelohes der Soldaten!

Ein Antrag unserer Genossen im Wehrausschuß des Senats.

Prag, 3. März. Der Wehrausschuß des Senats hielt heute eine Sitzung ab, um eine Regierungsvorlage, mit welcher das Ministerium für nationale Verteidigung, das Finanzministerium und das Staatskontrollamt ermächtigt wird, den tschechoslowakischen Kriegsbeschädigten, welche sich in Amerika befinden, die Rente der jeweiligen Valuta anzupassen, zu verhandeln. Im Verlaufe der Debatte bemängelte Senator Gen. Joll, daß hier aus dem ganzen Komplex der Kriegsbeschädigtenfürsorge, die längst reformbedürftig sei, ein Teil herausgegriffen und separat erledigt wird. Im übrigen wohnen auch in anderen Staaten tschechoslowakische Kriegsbeschädigte und müßte für diese in gleicher Weise vorgesorgt werden. Die Vorlage wurde angenommen; dem Plenum werden die ausgesprochenen Wünsche in Form einer Entschließung unterbreitet.

Senator Gen. Joll ersuchte sodann den Vorsitzenden, den Minister für nationale Verteidigung zu ersuchen, in der nächsten Sitzung des Wehrausschusses zu erscheinen. Der Redner begründete seinen Wunsch damit, daß seit der Budgetdebatte auf dem Gebiete der Militärverwaltung sich Dinge ereignet haben, die dringend einer Aufklärung heischen. Insbesondere sei es der Umstand, daß das Offiziersgesetz in die Staatsbeamtenvorlage eingereicht wurde und der Plan besteht, die außerordentlichen Zulagen und das tägliche Kostgeld in der Form der Erhöhung der Löhne in gesetzliche Form zu kleiden. Während man so für die Offiziere sorgt, denkt man nicht an die Mannschaft, der man die Löhnung und Teuerungszulage gekürzt hat. Auch soll dem Wehrausschuß Gelegenheit gegeben werden zur geplanten Richtdurchführung der 14 monatigen Dienstzeitstellung zu nehmen. — Der Vorsitzende sagt das Erscheinen des Ministers zu.

In der Sitzung des Wehrausschusses haben ferner die Genossen Joll, Dr. Heller und Seute einen

Antrag auf Erhöhung der Bezüge der aktiven Militärpersonen

eingebracht, in dem es heißt:

Die Gesehtigten (die genannten Genossen) stellen den Antrag auf Abänderung des § 1, ersten Absatzes, des Gesetzes vom 10. Juli 1922, S. d. G. u. B. Nr. 224. Dieses habe künftighin zu lauten:

Eine stürmische Versammlung in Reichenberg.

Der Regierungsvertreter scheidet unter einem nichtigen Vorwand zur Auflösung.

Die Ortsgruppe des Sozialistischen Jugendverbandes in Reichenberg hatte für Mittwoch, den 3. d. M., eine öffentliche Versammlung einberufen, zu der auch die kommunistische Jugend eingeladen wurde. Die Versammlung hatte folgende Beschlüsse: Vor einiger Zeit berichtete in Reichenberg der Jungkommunist Haken, der Führer der Jugenddelegation nach Russland, in der bekannten Weise über seine Eindrücke. Da unsere Genossen in dieser Versammlung nicht ausreichend zu Worte kommen konnten, erklärten sie, selbst eine Versammlung mit der Tagesordnung „Die Wahrheit über Sowjetrußland“ einzuberufen, die nun am 3. d. M. stattfand. Der große Saal der Reichenberger Vereinshalle war überfüllt. Die Kommunisten, die aus dem ganzen Bezirk, ja darüber hinaus aus dem Krupauer Bezirk ihre Anhänger zusammengezogen hatten, waren in der Mehrheit. Genosse Babor, der siebenundsiebzig Jahre in Russland gelebt hat, kam als erster Redner zum Worte. Er hielt seine Ausführungen in russischer Sprache, da er des Deutschen nicht gut mächtig ist. Seine ruhigen und sachlichen Darlegungen, die sodann ins Deutsche übersetzt, vorgelesen wurden, verfehlten nicht ihren Eindruck. Babor, der die Verhältnisse aus eigener Anschauung und aus eigenem Erleben kennt, verwies darauf, daß es in der Landwirtschaft nicht nur keinen Achtstundentag gibt, sondern daß dort der Bauer und die landwirtschaftlichen Arbeiter hauptsächlich von Sonnenaufgang bis Sonnenuntergang arbeiten müssen. Er erklärte, daß der Lohn eines gelernten Arbeiters, zum Beispiel eines Schlossers 25 bis 28 Rubel im Monat beträgt und nicht 70 bis 80 Rubel, wie die Rußlanddelegierten berichteten. Jugendliche und Lehrlinge hingegen erhalten einen Durchschnittslohn von 3 bis 4 1/2 Rubel monatlich. Babor erklärte auch, daß es mit der Schulbildung im neuen Rußland keinesfalls so glänzend bestellt sei, wie immer erzählt wird. Es besteht besonders auf dem Lande so gut wie keine Schulpflicht. Höhere Schulen können nur Kinder der Sowjetfunktionäre besuchen.

Auf die Ausführungen des Genossen Babor erwiderte der aus dem sozialistischen Jugendverband ausgeschlossene Martinek. Was Martinek in seiner einstündigen „Rede“ erzählte, verdient kaum der Erwähnung. Seine Ausführungen waren konfus und voller Widersprüche. Unter anderem erzählte er einmal, daß man in Sowjetrußland den Sozialismus bereits geschaffen habe, ein andermal, daß man einen Schritt zum Sozialismus gegangen sei. Er führte auch an, daß in der Schule siebenjährige Kinder die Werke von Marx und Lenin zur Lektüre erhalten.

Auf die Ausführungen des Genossen Martinek erwiderte zunächst der sozialdemokratische Rußlanddelegierte Genosse Wunderlich, der so viel Charakterfestigkeit bewahrt hat, um sich nicht von den Kommunisten zur Propaganda gegen seine Partei mißbrauchen zu lassen. Wunderlich, dem die Kommunisten nur 10 Minuten Redezeit bewilligten, erklärte, daß es ihm fernstehe, Sowjetrußland herabzuwürdigen und daß er gern bereit ist, die tatsächlichen Leistungen der Sowjetregierung anzuerkennen. Er halte es jedoch für einen Fehler, der sich an Sowjetrußland selbst rächen muß, wenn die Entwicklung in diesem Staate so glänzend dargestellt wird und nicht auf Schattenseiten aufmerksam gemacht wird, die es in reichlichem Maße gibt. Wunderlich stellte auf Grund der Ziffern des russischen Sozialversicherungsinstitutes fest, daß der Durchschnittsverdienst eines Arbeiters 43 Rubel beträgt und der einer Arbeiterin 31 Rubel. Wunderlich bestätigte einen großen Teil der Ausführungen Babor's und verwies vor allem darauf, daß Kleidungsgegenstände und industrielle Bedarfsartikel außerordentlich teuer sind. Er berichtete des Weiteren, daß in vielen Industriezweigen, selbst im Bergbau, eine große Frauennarbeit besteht. Wunderlich kam sodann noch auf Georgien zu sprechen und stellte fest, daß Sowjetrußland dieses Land tatsächlich wider alles Recht okkupiert habe. Die mit großer Sachlichkeit vorgebrachten Ausführungen des Genossen Wunderlich erregten bei den Kommunisten begreiflicherweise großes

Interpellationen der tschechischen Sozialdemokraten. Der Klub der Abgeordneten der tschechischen Sozialdemokraten hielt eine Sitzung ab, in der Dr. Meißner Bericht über die politische Lage erstattete. Der Klub beschloß Interpellationen über die sich mehrenden Selbstmorde in der Armee, über die Ernennungen in der Direktion der Prager städtischen Sparkasse, sowie einen

Mißfallen, da diese ja nicht hingekommen waren, um wirklich objektive Eindrücke von Sowjetrußland zu bekommen, sondern weil sie in der Versammlung einzig und allein den Zweck erblickten, gegen die Sozialdemokratie Stimmung zu machen.

Hierauf kam auch ein kommunistischer Jugendlicher zu Worte, der sich bemüht zu fühlen, über die sozialistische Jugend und ihre Internationale zu reden und der die Gelegenheit ergriff, um seine Unkenntnis der tatsächlichen Verhältnisse zu dokumentieren. Er kam auch noch auf die Einheitsfrontparole der Kommunisten zu sprechen und ließ an die sozialdemokratische Jugend neuerdings die höfliche Einladung ergehen, dem Ruf der Kommunisten doch endlich Gehör zu geben.

Sodann sprach Genosse Paul, der mit allem Nachdruck erklärte, daß die sozialistische Jugend durch die traurigen Erfahrungen der letzten Jahre gewirgt sei, die wahre Absicht der Kommunisten in der Einheitsfrontfrage durchschaue und daß sich die Führer des sozialistischen Jugendverbandes in voller Einstimmigkeit mit ihrer Mitgliedschaft so lange ablehnend verhalten werden, bis die Kommunisten den Beweis erbracht haben, daß sie es mit der Einheitsfront ehrlich meinen. Genosse Paul konnte einige grobe Unrichtigkeiten des kommunistischen Diskussionsredners feststellen und ihm nachweisen, daß er von keinerlei Kenntnis der Tatsachen beschränkt sei. Auf die russischen Probleme eingehend, erklärte er, daß Sowjetrußland schon längst zugrunde gegangen wäre, wenn nicht die sozialdemokratischen Parteien Europas beständen, die in ihren Ländern stets für eine friedliche Politik dem Sowjetstaat gegenüber eingetreten sind und die in dieser Hinsicht ein größeres Verdienst haben als die kommunistischen Parteien, die die Arbeiterbewegung und den Sozialismus bisher nur diskreditierten. Er erklärte, daß es sich den Sozialdemokraten bei den Diskussionen über Rußland nicht darum handle, die Verhältnisse in den Ländern, in denen sie wohnen, zu verteidigen und als glänzend hinzustellen. Die Wahrheit erfordere es aber, der einseitigen kommunistischen Propaganda durch Aufzeigen der Widersprüche entgegenzutreten. Die Verwirrung und Fanatismus der Kommunisten geht daraus hervor, daß sie auf Berichte aus amtlichen kommunistischen Blättern, wie der Moskauer „Pravda“, die Genosse Paul zitierte, mit Hohngelächter antworteten.

Am Schluß der wirkungsvollen Rede des Genossen Paul entwickelte sich im rückwärtigen Teile des Saales ein Tumult. Von der Galerie hatte eine Genossin einige Zwischenrufe gemacht, die Folge davon war, daß sich die Kommunisten riesig aufregten und einige über das Geländer kletterten, so daß die Gefahr bestand, daß es zu Tätlichkeiten kommen würde. Dies nahm der anwesende Regierungsvertreter, der schon längere Zeit sichtlich nervös war und der anscheinend alles andere nur nicht die Eignung besitzt, in einer etwas bewegten Versammlung sein Amt auszuüben, zum Anlaß, um die Versammlung aufzulösen. Diese Antrittsrede des um das Wohl des Staates allzu eifrig besorgten Vertreters löste auf beiden Seiten für stürmische Widersprüche aus. Auf der Straße gab es sodann noch zwei Verfassungen, da die Kommunisten das Lied „Der Staat ist in Gefahr“ sangen. Die Verhafteten wurden nach Feststellung ihrer Identität wieder freigelassen.

Dies ist das Ergebnis des Versuches einer Auseinandersetzung mit den Kommunisten. Es muß jeder objektiv denkende Arbeiter zu der Auffassung kommen, daß mit den Kommunisten eine sachliche Diskussion, wo Argumente gegen Argumente gestellt werden, nicht möglich ist. Nach diesen traurigen Erfahrungen verdrängt sich die Auffassung, daß es noch lange dauern wird, bis eine wirkliche Einheitsfront die Kommunisten mit dem übrigen Proletariat vereinigen wird. Der Eindruck war, daß die Arbeiterschaft, ohne Unterschied die Richtung, eine Versammlung verloren und daß die tschechoslowakische Regierung wieder einmal einen traurigen Triumph davon getragen hat.

Antrop auf Aufhebung der Militärjustiz zu überreichen. Die Partei werde darauf beharren, daß die kirchenpolitischen Fragen gelöst werden und würde in diesem Sinne einen Antrag auf Entföhrlichung der Matrizen, die in Zukunft von den Gemeinden geführt werden sollen, überreichen. Es wird die Aufhebung der Bestimmungen über die Kongrua und die Befreiung des Staates von allen Verpflichtungen zur Kirche und ihren Angestellten gegenüber gefordert.

Die Koalition Remedur schafft. Die „Nar. Prace“ schreibt: „Als die „Nar. Prace“ die unerhörte Tat der Regierung, die unter der Vorgabe einer Verbilligungskaktion an die radikalen Parteien über 23 Millionen für Parteizwecke verbräht hat, ankündigte, hat es die Koalition anerkannt, daß eine Remedur unerlässlich sei. Man hätte erwartet, daß die Remedur auf die einzig mögliche Weise erfolgen werde: daß die Koalition dem Staate zurückgegeben werde, um was sie ihn gebracht hat. Bei uns wird aber Remedur auf andere Weise geschaffen. Die Koalition hat sich erzwungen, d. h. eine Strafanzeige gegen einen unbekanntem Täter gemäß dem

1. Das Taggeld für die Mannschaft, die auf Grund des Wehrgesetzes vom 19. März 1920, S. d. R. Nr. 193 den Präzedenzfall (aktiven Dienst) im tschechoslowakischen Heere antritt, wird festgesetzt, wie folgt:

- für einen Soldaten ohne Chargengrad K 1.—
- für einen Führer (Gefreiten) . . . K 1.40
- für einen Korporal K 2.—
- für einen Zugführer K 3.—
- für einen Rottmeister (Reserve) . . . K 4.—

Als Begründung dieses Antrages wird ausgeführt:

Die besprochenen Beträge entsprechen der ursprünglichen im Jahre 1920 festgesetzten Entlohnung der Soldaten des Mannschafsstandes, welche mit dem jetzigen Besetze abgeändert wurden. Den Soldaten wurde also die Löhnung um die Hälfte gekürzt. Diesen wurde aber auch die ihnen gesetzlich zustehende Teuerungszulage von 2 Kronen auf die Hälfte herabgesetzt (Staatsvoranschlag 1924) und ist die weitere Herabsetzung in Aussicht genommen. Demgegenüber erhielten die Offiziere und Rottmeister außerordentliche Zulagen, und zwar: 1923 Offiziere 1200 K., Rottmeister 800 K., 1924 Offiziere 3000 K., Rottmeister 1600 K. Im Jahre 1925 wurde außerdem für diese ein Postgeld für jeden im Dienste verbrachten Tag von über vier Kronen ohne gesetzliche Bewilligung ausgemworfen. Mit der Staatsangelegenheitsvorlage soll nun eine Erhöhung der Gehälter der Offiziere und Rottmeister erfolgen. Eingegen ist nicht beabsichtigt, auch die Entlohnung der Mannschafspersonen einer Erhöhung zu unterziehen. Aus diesem Grunde beantragen die Geehrten, obige Gesetzesänderung, welche folgenden Betrag erfordert:

- 61534 Infanteristen plus 50 Helfer für 365 Tage 11.229.965 K., 17539 Gefreite plus 70 Helfer für 365 Tage 4.481.214,5 K., 10680 Korporale plus 100 Helfer für 365 Tage 3.898.200 K., 8035 Zugführer plus 150 Helfer für 365 Tage 4.200.112,5 K., 196 Rottmeister plus 200 Helfer für 365 Tage 142.180 K., zusammen 21.961.662 K.

Dieser Mehrbedarf ist durch Einführung einer Staatssteuer auf Automobile für den Privatbedarf und aus den Ersparnissen des Ministeriums für nationale Verteidigung zu decken.

Inland.

Unsere Protektorenversammlungen in Westböhmen.

Außer der Riesendemonstration in Karlsbad sind in Westböhmen bereits eine ganze Reihe sozialdemokratischer Protestkundgebungen statt, die durchwegs stärksten Besuch aufwiesen und in denen überall der mächtige Wille der Arbeiter zum Ausdruck kam, dem Regime des Sturmes, der Sprachverordnungen, der Hungerlöcher, der Arbeitslosigkeit und der Militärkassen verschärften Kampf anzusagen. In Neudorf vermochte der Versammlungsraum die Teilnehmer der sozialdemokratischen Protestkundgebung nicht zu fassen. Das Referat erstattete Abg. Genosse de Witte, nach ihm ein Vertreter der Bürgerlichen, die selber keine eigene Versammlung abhielten. Die Genossen aus dem oberen Erzgebirge versammelten sich in Bärtingen. Auch in dieser überfüllten Versammlung sprach Genosse de Witte. Die Arbeiter zeigten sich zu tatkräftigster Abwehr jeder Gewalt entschlossen, die Versammlung wurde mit dem „Lied der Arbeit“ beendet. — In Falle nau sprach in einer großen Versammlung Abg. Genosse Bohm unter stürmischem Beifall; auch hier dieselbe Kampfstimmung. Ebenso in Königberg, wo Genosse Scharing in einer wahren Massenversammlung referierte. Die Arbeiter und Arbeiterinnen des Elbogener Bezirkes versammelten sich in Chodau, das Referat erstattete dort Genosse Wondrak. (Weber die Marienbader Versammlung haben wir bereits berichtet.)

Weißer Flecken.

Der Zensor von Karlsbad hat sich wieder einmal gründlich ausgelebt: die Nummer des „Volkswille“, unseres Karlsbader Kreisblattes, strotzt geradezu von weißen Flecken auf der ersten Seite und im Innern. Ein Teil der Überschriften und große Stücke des Textes über die dienstägigen Karlsbader Vorfälle sind dem wütenden Zensor zum Opfer gefallen, der sogar die Resolution, in die allen unteren westböhmerischen Protestversammlungen beschlossen wurde nicht mochte lassen stehen. Und damit's in einem Aufwaschen geht, hat der Ueberläufige auch noch gleich eine Gerichtskaalnotiz bei dieser Gelegenheit mit hinweggefegt. — Die Karlsbader Behörden scheinen also eifrig darauf bedacht zu sein, den Arbeitern möglichst täglich Anschauungsunterricht über die tschechoslowakischen Polizeimethoden zu erteilen: einen Tag geht die Polizei gegen demonstrierende Arbeiter los, tags darauf verfolgt man ihr Blatt. Niemand wird daran zweifeln, daß das der geeignetste Weg ist, die deutschen Arbeiter mit Liebe und Vertrauen für das herrschende System zu erfüllen. Und alle werden nun begreifen, daß nicht die Sprachverordnungen und die sonstigen Schopflänge der tschechischen Regierung beurteilenswert sind, sondern die Menschen, die sich dagegen wenden.

Die Erneuerung des Zwangspachtes.

Der Landwirtschaftliche Ausschuss genehmigte am 4. März abends die Regierungsvorlage über die weitere Erneuerung des vorläufigen Zwangs-

Befehle über das Amtsgeheimnis erstattet wurde, was auch am 22. Februar tatsächlich geschah. Es ist dies der erste Fall einer praktischen Anwendung dieses Gesetzes.

Der „Global“ zum Fall Kähler. Ungemein beachtenswert ist die Stellungnahme des Linksaorgans „Global“ zum Falle des verrückten Baumeisters Kähler. Das Blatt meint nämlich, daß die Lage der Tschechen in es verständlich machen würde, wenn die Tschechifizierungsbestrebungen da oder dort ähnliche Herbeiführungsversuche herausfordern sollten. Nach Aufzählung der deutschen Klagen gegen das Koalitionsregiment sagt das Blatt: „Wir, die wir aus eigener Erfahrung die Mentalität der Tschechen kennen, sind geneigt anzunehmen, daß die deutschen Klagen nicht unbegründet sind. Nur: Wenn die Deutschen Grund zu Beschwerden gegen die Tschechifizierungsbestrebungen der Beamten und der Schulen haben, dann haben wir doppelt soviel.“ — „Wie viele solcher tschechischer terroristischer Beamten haben wir in der Slowakei. Sozialisten ein jeder ist so! Und wir Slowaken müssen das schon sieben Jahre ansehen. Ist es dann ein Wunder, wenn wir Slowaken mit großem Interesse den Karlsbader Vorfall verfolgen, der mehr als einen Slowaken zu der Erwägung verleiten wird, ob man die slowakische Autonomie, wenn man sie nicht „de jure“ anerkennen will, nicht auf eine andere, praktische Weise, via facti einführen sollte.“

Telegramme.

Die Frankfällcher vor dem Haager Gericht.

Langjährige Kerkerstrafen beantragt.

Paag, 4. März. (Havas.) Im Prozeß gegen die Frankfällcher beantragte der Vertreter der Anklage für Jankovich die Verhängung einer Kerkerstrafe von 9 Jahren, für Marzowski und Manovich eine solche von 7 Jahren.

Von den drei Angeklagten stellte keiner das in Budapest vorbereitete Komplott in Abrede, doch schieden sie die Verantwortung auf die in Budapest eingesperrten hohen Persönlichkeiten. Marzowski erklärte, er habe vor dem Feldbischof Zadrawecz den Eid geleistet. Während des Plaidoyers suchte der Angeklagte Jankovich unter Schluchzen mit einem Taschentuch die Tränen zu verbergen.

Der Würfel rollt!

Beginn der Einzeichnung für das Volksbegehren auf Fürstenerneuerung.

Berlin, 4. März. (Eigenbericht.) Heute mittags um 1 Uhr nachmittags haben in ganz Deutschland die Einzeichnungen für das Volksbegehren zur Fürstenerneuerung begonnen. In Berlin war die Beteiligung besonders in den proletarischen Vierteln gleich am ersten Tag außerordentlich stark. Zum Teil sind allerdings die Vorbereitungen von den städtischen Behörden lässig geführt worden, so daß die Stimmberechtigten teilweise geraume Zeit warten mußten, ehe sie die Einzeichnung vornehmen konnten. Die sozialdemokratische Partei wird dafür Sorge tragen, daß die darin verantwortlichen Beamten zur Rechenschaft gezogen werden.

In vielen Städten des Reiches geht die Einzeichnung im allgemeinen ruhig und ordnungsgemäß vor sich. Dagegen wird vom Lande, also aus den kleinen Orten, berichtet, daß trotz der Weisungen des Innenministers von den Rechtsparteien Versuche unternommen werden, um ein Sabotage des Volksbegehres herbeizuführen. Soweit sich aber am ersten Tag übersehen läßt, beteiligt sich an der Eintragung in die Listen auch eine große Anzahl von Angehörigen von Parteien, die nicht der Linken angehören.

Rettenungsversuche von rechts.

Berlin, 4. März. (Eigenbericht.) Der Reichslanzler hat die Führer der Regierungsparteien zu sich für morgen einberufen, um mit ihnen über die Frage der Fürstenerneuerung zu sprechen. Die Regierung gibt sich noch immer der Hoffnung hin, daß es ihr gelingen wird, durch ein Kompromiß die Durchführung des Volksbegehres zu unterbinden. Inzwischen ist ein Zentrumsantrag eingegangen, daß ein Sondergericht mit dem Reichspräsidenten an der Spitze, mit vier Laien und vier Juristen besetzt, zur Entscheidung über die genannten Fragen fungieren soll.

Benes in Wien.

Wien, 4. März. (M.) Bundespräsident Dr. Gaissich empfing heute nachmittags den tschechoslowakischen Außenminister Dr. Benes, der in Begleitung des Geschäftsträgers Dr. Pacal bei ihm erschien. Zwischen dem Bundespräsidenten und dem Außenminister fand eine längere Unterredung statt. Während des Empfanges überreichte der Bundespräsident dem Minister die Insignien des Großen Goldenen Ehrenzeichens am Bande. Abends um 19.30 fand im Ehren der tschechoslowakischen Gäste beim Bundeskanzler Dr. Ramef ein Abendessen statt, zu dem Dr. Benes mit Gemahlin, der österreichische Gesandte in Prag, Dr. Marek, der tschechoslowakische Geschäftsträger Dr. Pacal usw. erschienen waren. Bei diesem Abendessen wurden Trinkprüche zwischen dem Außenminister und dem Bundeskanzler gewechselt.

In jede Arbeiter- und Gemeindebücherei

gehört das Buch von Dr. Emil Strauß:

„Die Entstehung der deutsch-böhmischen Arbeiterbewegung.“

Erfälltlich in allen Volksbuchhandlungen.

Tages-Neuigkeiten.

Ein unbekanntes Dokument.

Liebnecht und die „Norddeutsche Allgemeine“.

Der rote Republikaner August Braß hatte die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ nach seiner Uebersiedlung von London nach Berlin gegründet. Im Spätsommer 1862 wurde Liebnecht der Redakteur für auswärtige Angelegenheiten an dieser Zeitung. Am 24. September 1862 übernahm Otto von Bismarck den provisorischen Vorsitz im preussischen Ministerrat. Am 29. September trat Bismarck das erste Mal vor das Preussische Abgeordnetenhaus. In der Budgetkommission enthielt er freimütig seine „Blut- und Eisenpolitik“. Er erklärte: „Nicht durch Reden und Majoritätsbeschlüsse, wie sie 1848 und 1849 in Uebung gewesen, werden die großen Fragen der Zeit gelöst, sondern durch Blut und Eisen.“

Braß ließ sich nun durch Bismarck bewegen, seine Zeitung in den Dienst dieser Blut- und Eisenpolitik zu stellen. Liebnecht merkte die politische Umstellung des früheren roten Demokraten sehr bald. Schwarz stießen die politischen Anschauungen beider Politiker auseinander. Braß sprach Wünsche aus, die einen Ausgleich der auseinandergelassenen politischen Meinungen bezweckten. Liebnecht blieb bei seinem politischen Standpunkt. Am 20. November 1862 schrieb daher Braß folgenden Brief an Liebnecht:

„Sehr geehrter Herr, nach Ihren Ansichten besteht der Grund, welcher mich veranlaßt, hinsichtlich Ihrer Tätigkeit weitere Wünsche zu hegen, in der Verschiedenheit unserer Ansichten. Nach meiner Meinung besteht dieser Grund in den Ihnen heute entwickelten Anschauungen. Es ist hier nicht nötig, zu untersuchen, welche Ansicht die richtige, wenn wir in der Tatsache übereinstimmen.“

Infolgedessen ersuche ich Ew. Wohlgeboren, mir gefälligst schriftlich davon Mitteilung machen zu wollen, wie und wann Sie ein Verhältnis zu lösen wünschen, welches mir nicht förderlich, Ihnen dagegen nicht unangenehm sein kann. Mit bester Hochachtung ergebenst A. Braß.“

Liebnecht schrieb zu diesem Briefe später folgende Bleistiftnotiz: „Wir hatten beständig Streit gehabt, weil ich mich nicht in die auf der Redaktion nötige Disziplin finden konnte. Vor drei oder vier Monaten versprach er mir 240 Ort, nach einiger Zeit 1200 sofort und ließ meiner Frau durch eine weibliche Agentin sagen, er könne ohne mich nicht fertig werden.“ Später überzeugte sich Braß von der Unmöglichkeit, den Revolutionär Liebnecht für das Bismarcksche Spiel zu gewinnen, die Arbeiterkassen gegen den Liberalismus aufzupeitschen. Die Gräfin Sayfeld suchte im Jahre 1868 dem Genossen Liebnecht einen Vorwurf aus seiner Mitarbeit an der „Nordd. Allgem. Zeitung“ zu machen. Sie tat das wider besseres Wissen. Hatte doch der Redakteur dieser Zeitung bezugt, daß Liebnecht freiwillig und ohne Rücksicht auf die materiellen Vorteile, die ihm seine Stellung einbrachte, ausgeschieden sei. Liebnecht wurde ein Opfer seiner Uebersetzung — er mußte nun wieder die ganze Misere des freien Schriftstellers durchkosten.

Das Ende des Harems.

Vor kurzem hat das Parlament der türkischen Republik das neue bürgerliche Gesetzbuch beschlossen, das nach dem Muster eines der modernsten europäischen Zivilrechtssysteme, des schweizerischen, das ganze türkische Privatrecht auf völlig neue Grundlagen stellt. Diejenige Bestimmung der Reform die die einschneidendste Aenderung jahrhundertelanger Sitten, Rechtsanschauungen und Vorurteile bedeutet, ist die rechtliche Gleichstellung der türkischen Frau mit dem Manne. Es ist in der Tat eine geschichtliche Umwälzung von gewaltiger Größe, und der türkische Justizminister hat mit Recht erklärt, daß die Annahme des neuen Gesetzbuches das „Ende von dreizehn Jahrhunderten Geschichte“ und den Anbruch einer neuen Zivilisation bezeichne. „Die traurigste und erbarmungswürdigste Gestalt unserer Geschichte“, fuhr er fort, „war die türkische Frau und Mutter, die bis heute als Sklavin behandelt und nach der Laune des Mannes geschieden werden konnte. Das neue Familien- und Erbrecht verleiht ihr die Würde und Achtung, die ihr gebühren.“

Wir sind eizigenossen und Zeugen eines großen Geschehens. Von nun an ist die Vielweiberei in der Türkei gesetzlich verboten. Der Fortschritt geht dort so atembeklemmend schnell, daß einem angst und bange um die Dauer-

Die Demagogie der Kommunisten.

Die kommunistische Presse schreibt gegen den Lohnabzug, die kommunistischen Sekretäre sind für den Lohnabzug.

Wir haben schon vor einigen Tagen darauf hingewiesen, daß, während der Reichenberger „Vorwärts“ und die „Internationale“ fast Tag für Tag die Arbeiterkassen auffordern, sich zu keinem Lohnabzug für rückständige Einkommensteuern gefallen zu lassen, in der kommunistischen Hochburg, nämlich in Madno, der Vertreter der kommunistischen Vergarbeiter sowie der Sekretär des Internationalen allgewerkschaftlichen Verbandes mit dem Steueramte eine Vereinbarung getroffen haben, wonach den Arbeitern 2,8 Prozent des Lohnes zwecks Bezahlung der Steuerrückstände abgezogen werden sollen. Dieser Fall ist aber, wie wir dem „Textilarbeiter“ entnehmen, nicht der einzige geblieben. In einer Vertrauenspersonenbesprechung in Eicht bei Reichenberg hat sich der kommunistische Sekretär Marvan ebenfalls für den Lohnabzug eingesetzt. Da nun Marvan dies bestreitet, tritt das genannte Blatt den Wahrheitsbeweis an und führt namentlich die Zeugen an, welche bestätigen, daß der famose kommunistische Sekretär in der besagten Versammlung tatsächlich für den Lohnabzug eingetreten ist. Aber

hastigkeit der Reformen werden könnte, die doch an die tiefstingewurzelt religiösen Vorurteile rühren und die stärksten Leidenschaften entfachen müssen. Aber wenn auch manches nicht so rasch gehen wird, als es die Reformer träumen, wenn auch vielleicht dem jetzigen Vorwärtstürmen noch mancher Rückschlag folgen dürfte — die Fesseln der türkischen Frau sind endgültig gefallen. Sie geht nie mehr in den Harem zurück. Fatme und Zuleika, von deren verklärter Schönheit die Märchen erzählen und die Dichter sangen und die mit ihrer Glut die orientalische Welt — der Phantasie erfüllte; die geheimnisvolle Schwüle des Harems, hinter dessen unnahbaren Mauern unter Dürfen, Springbrunnen und Eunuchen Scheherzade ihrem Sultan Märchen erzählt, indes in Wahrheit in einem trostlosen, verdummenden, grausamen Gefängnis Generationen von Geschlechtstierchen vegetierten und verwelkten — das alles ist dahin. Die Geschichte reißt die Fenster des Harems auf und aus Tausendund-einer Nacht steigt ein neuer Tag. Es ist die schönste, die kühnste Geschichte, die Scheherzade je erfunden hat.

Warum schweigt die Polizei?

Prag, 4. März. Die Prager tschechischen Abendblätter melden: Im Prager Sicherheitsbureau befindet sich Frau B., die Frau des Disponenten einer Prager Großbank wegen Betruges in der Höhe von 1.300.000 Kronen, begangen durch Entlohnung von Perleusen an dem Juwelier K. in der Nationalstraße in Prag, in Haft. Frau B. hatte sich seinerzeit bereit erklärt, dem Juwelier 700.030 K zu bezahlen. Da sie aber diese Vereinbarung nicht einhielt, erstattete der Juwelier gegen sie die Strafanzeige.

Die Prager Polizei schweigt sich über diese Affäre bisher peinlichst aus ...

Herzlich willkommen! Zu allen heiligen Zeiten erinnern sich unsere Christlichsozialen, daß sie die Interessen des deutschen Volkes zu wahren versprochen haben und machen ein bitteres Opposition. Es ist nie mehr als unbedingt von Nöten ist, aber es genügt, um den Wählern die Augen auszuwischen. In Oesterreich braucht man keine Rücksicht zu nehmen, dort kann die christlich-soziale Reichspost ungehindert ihren Sympathien freien Raum geben. Die Christlichsozialen haben für die tschechische Bourgeoisie immer sehr herzliche Gefühle aufgebracht und schon Lueger, der jetzt segnend auf Seipel „obahaut“, wollte, daß man ihm seine „Böhmen“ in Ruh lasse. Alte Bande zwischen deutschem und tschechischem Merkantilismus spielen da eine Rolle. Die russische Republik freilich war weniger angezogen, aber als die Tschechoslowakei zu einem Hort der klerikalen und kapitalistischen Reaktion wurde, hatte sie bei den österreichischen Christlichsozialen wieder einen Stein im Brett. Venes, der das Konkordat mit Rom schließen will, ist den Seipelianern ein lieber Gast und nun, da die Gefahren des Liberalismus verheut sind, erkennt auch in Venes der Gastfreund aus Korinth die Jüge, die ihm teuer sind. Die „Reichspost“, die zwar das Blatt der Regierungspartei, nicht aber der Regierung ist, sondern sogar behauptet, ein „unabhängiges Tagblatt für das christliche Volk“ zu sein, widmet Venes anlässlich seines Besuches in Wien ein herzlich willkommen, und die bankrotteten Sanierer bringen sogar ein Vergeltungsgott für die Mitwirkung Venes an der Sanierung an. Kein Sterbenswörtlein über die Politik der Tschechoslowakei gegen die Deutschen, dafür ein paar versteckte Hiebe gegen die Anschlagpropaganda und einen warmen Dank für Venes Sorge um Oesterreichs „Anabhängigkeit“. Freundschaft, Lob und wieder Freundschaft, keinen Tadel, keinen Fehler finden sie an dem Manne, der gerade Oesterreich gegenüber kein sehr reines Gewissen hat. Venes ist ein ehrenwerter Mann und Seipel und Funder auch; „das sind sie alle, alle ehrenwert“ —!

Stillschweigen über den schulpflichtigen Mädchen. Der Volksschullehrer Böhm in Böhmisch-Böhren wurde unter dem dringenden Verdachte, sich an drei- bis elfjährigen Mädchen in der rohesten und brutausten Weise vergangen zu

nicht nur das. Auch in einer Besprechung in Rößlich, im Gasthaus „Zur Traube“, sowie in einer Versammlung der Vertrauensleute in der Vereinshalle in Reichenberg hat Marvan für den Lohnabzug gesprochen. Interessant ist, daß in diese Angelegenheit auch der kommunistische Abgeordnete Kreibich verwickelt ist. Die kommunistischen Metallarbeiter in Reichenberg, denen die Ausführungen Marvans bedenklich erschienen, gingen nämlich zu Kreibich, um ihn zu fragen, wie sie sich verhalten sollen. Kreibich antwortete:

„Wenn Euch Eure Gewerkschaftsorganisation auf diese Art eine solche Erleichterung bei der Steuerzahlung erwirken kann, dann macht es.“

Der Junge für diese Aeußerung ist der Obmann des Betriebsausschusses der Reichenberger Elektrizitätswerke, Hoffmann.

Diese Vorfälle haben nunmehr die oberflächliche Demagogie, welche die Kommunisten, so wie in allen anderen Arbeiterfragen, auch in dieser für die Arbeiterschaft so wichtigen Frage treiben, restlos enthüllt.

haben, verhaftet und dem Bezirksgericht in Waldern eingeliefert. Eines der Mädchen klagt heute noch über heftige Schmerzen. Hoffentlich wird jetzt dem Wüstling das Handwerk gründlich gelegt werden.

„Mir san vom 1. und 2.“ Ein Genosse erzählt in einem österreichischen Bruderblatt: Ich hatte gelegentlich im Bezirk Ober-Pullendorf eine Parteiversammlung. Da ich warten mußte, ging ich in das Dorfgasthaus. Raun hatte ich mich niedergelassen, als plötzlich die Töne des Prinz Eugen-Marsches auf der Straße hörbar wurden. Ich spürte die Ohren: sollte eine Frontkämpfer-Abteilung im Anmarsch sein? Raun war das verkleinert, erklang das „Mir san vom 1. und 2.“ usw. und zwar schon vor der Gasthausstür. Die Wirtin stürzte geschäftig hinaus, ein Gepolter und Gegränge war hörbar, so daß ich schon meine Befürchtungen, eine Frontkämpferabteilung sei ausgerückt, bestätigt glaubte, und ich wurde neugierig, sah zum Fenster hinaus und fing hellauf zu lachen an. Es waren keine Frontkämpfer, denen das Signal und die schönen Marsche galten, sondern der Schweinehirt der Gemeinde lockte mit diesen Tönen seine Schweine zur Weide. Auf meine Frage sagte man mir, die Schweine dieses Ortes seien so dressiert, daß sie nur diesen monarchistischen Weisen folgten.

Aus dem russischen Arbeiterleben. Der Vorstand des Zentralverbandes der Arbeiter in der russischen Papierindustrie hat eine Konferenz abgehalten, die den Fragen des Arbeiterschutzes gewidmet war. Wie das Gewerkschaftsorgan „Trud“ vom 18. Feber mitteilt, hat die Konferenz festgestellt, daß „eine Reihe von Wirtschaftsorganen sich zum Arbeiterschutz in den Betrieben und zu den technischen Unfallverhütungsmaßnahmen nachlässig verhalten. Die Zahl der Unfälle in den Papierfabriken hat sich, wie aus der Konferenz festgestellt wurde, gegenüber der Vorkriegszeit fast verdoppelt, was sich aus der starken Abnutzung der technischen Einrichtungen, dem Fehlen einer normalen Arbeitsordnung sowie aus der Intensität der Arbeit selbst erklärt. ... Die ärztliche Hilfe ist bei den Arbeitern in der Papierindustrie außerst unbefriedigend organisiert. Die Zahl der Verletzungen in den Lazaretten ist äußerst ungenügend; unbefriedigend ist auch die Verorgung der Spitäler mit Medikamenten. Die hygienischen Arbeitsbedingungen in den Betrieben befriedigen selbst die bescheidensten Anforderungen nicht, was zur Folge hat, daß verschiedene Erkrankungen immer häufiger werden. — Die Wohnungsbedingungen in einer Reihe von Betrieben sind nach wie vor schlecht, wobei in einigen Betrieben auf je einen Arbeiter nicht mehr als sechs Quadratmeter (etwa drei Geviertmeter) Wohnfläche entfallen; hinzu kommt, daß die vorhandenen alten Wohnhäuser so schadhaft sind, daß sie für Wohnzwecke vollkommen ungeeignet sind.“

Wilhelm von Doorn hat sich nach einer Meldung der „Associated Press“ aus Holland in der Vorrede über die „Fürstenabfindung“ eine große Reihe von Empfindungen und Galadiner vorgenommen. Die gesellschaftlichen Veranstaltungen hätten sich neuerdings auf dem „Kaiserschloß“ in größtem Stil vollzogen. Wenn Wilhelm nur nicht ein Paar in der Suppe findet!

Armenrecht nimmt — als neuestes Kuriosum in der Abfindungsfrage — die Fürstentwitwe von Schwarzburg-Sonderhausen durch ihre Rechtsvertreter vor dem Oberlandesgericht in Raumburg in Anspruch. Die „Blutarme“, durch die verruchte Revolution „an den Bettelstab gebracht“ Frau verlangt jedoch nicht etwa eine Rente in der Höhe der Arbeitslosenunterstützung, sondern sie will den gesamten Domänenbesitz von Schwarzburg-Sonderhausen von 24.600 Hektar Land! Dabei hat das ganze frühere Fürstentum nur einen Flächeninhalt von 86.000 Hektar. Die arme Frau müßte also, etwa als Königin-Witwe von Preußen, ungefähr die Hälfte aller preussischen Provinzen als „Rittergut“ in Anspruch nehmen, und zwar vor dem Preussischen Kammergericht, unter Inanspruchnahme des Armenrechts.

Zwölf Jahre unglücklich im Zuchthaus war der Fleischer Eduard Trautmann, der von dem

VERLANGET UEBERALL



Schwurgericht in Glatz wegen Mordes an der 21jährigen Emma Sanders zu 12 Jahren Zuchthaus verurteilt worden war. Der Verteidiger Trautmann hatte Ende vorigen Jahres das Wiederanfrageverfahren angestrengt. Nun hat das Landgericht in Glatz das Urteil vom Jahre 1911 als einen Justizirrtum bezeichnet und Trautmann unter Verzicht auf eine neuerliche Hauptverhandlung freigesprochen. Die Mordtat, wegen der Trautmann seinerzeit verurteilt worden ist, hat nach Ansicht des Gerichtes höchstwahrscheinlich der Massenmörder Denke aus Münsterberg begangen.

Ein Grab aus der Totenzeit. Auf der Halbinsel Arim wurde bei Arbeiten in einem Steinbruch ein Grab entdeckt, in dem ein weißes Skelett lag. Der Schädel war mit einem goldenen Diadem und verschiedenen anderen Gegenständen aus massivem Gold geschmückt. Wissenschaftliche Erklärer führen das Grab auf die Eolithzeit zurück.

Ein kaffisches Dementi. Als im März 1848 die blutigen Tage vorüber waren, wußte in Berlin jedes Kind, daß die Revolution gestiftet hatte, was die Zeitungen brachten das auch deutlich genug zum Ausdruck. Nur die „Allgemeine Preussische Zeitung“, die Vorgängerin der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“, war noch nicht „neuroorientiert“. Sie schickte ihren Lesern den Ausdruck der Revolution in prächtigstem Antistil wie folgt: „Nachdem namens der Bürgerkassen Seiner Majestät dem Könige die Bitte vorgetragen war, die Aufrechterhaltung der Ordnung ihr anzuvertrauen, wofür sie vollständige Bürgschaft übernehme, erteilte Seine Majestät den Befehl, daß sich das Militär zurückziehe. Nachdem diesem Befehl genügt war, gerühte Seine Majestät die Bildung einer Bürgergarde zu genehmigen, die auch sofort zusammentrat.“ Diese durch und durch unwahre Darstellung des Sachverhalts löste bei der gesamten Bürgerschaft, besonders aber bei denjenigen, die an den Barrikadenkämpfen des 18. März selber beteiligt waren, eine große Empörung aus. Sie bestanden auf einer sofortigen Nichtsstellung, und der damalige Redakteur Dr. Zinkeisen mußte in der nächsten Ausgabe der Zeitung die folgende Erklärung abgeben: „Ich erkläre freiwillig, daß mir der Artikel zur Aufnahme in die „Allgemeine Preussische Zeitung“ zugesandt wurde, so daß er, da er die Vorgänge völlig entstellt, von mir nicht vertreten werden kann. Dr. Zinkeisen.“

Der Tiersehverein, der uns um Aufnahme nachstehender Zeilen ersucht, fordert anlässlich der bevorstehenden Wurfzeit der Hunde und Katzen alle Tierfreunde auf, an der Eindämmung einer übergroßen Vermehrung herrenloser Tiere mitzuarbeiten. Wenn man nicht die Sicherheit hat, daß alle Jungen der Hündin oder Katze bei Tierfreunden untergebracht werden, so zögere man nicht, die überflüssigen Jungen auf die schonendste Art zu töten (außer durch Chloroformierung wird der Tod am raschesten durch einen kräftigen Hieb auf den Schädel herbeigeführt), und zwar unmittelbar nach dem Wurf, wo die Jungen fast noch eine formlose Masse sind. Aus gesundheitlichen Gründen für das Muttertier empfiehlt es sich jedoch, diesem ein Junges zu belassen. — Das Tier sei ferner nicht zum Spielzeug für Kinder gefesselt, wie dies leider häufig vorkommt. Ein feines Kästchen oder Händchen ist herzlich, Kinder und auch Erwachsene spielen mit ihm und quälen es häufig, ohne es selbst zu wissen. — Sobald es jedoch herangewachsen ist, hört die Liebe auf und das Tier wird gefühllos und ohne langes Ueberlegen hinausgejagt, wobei besonders bei Hunden oft die Geldfrage eine Rolle spielt, wenn sich die Notwendigkeit einstellt, die Hundsteuer zu bezahlen. Solche Tiere verwildern dann und sind gezwungen, sich ihre Nahrung selbst zu suchen, da sie ihnen niemand mehr verabreicht. Auf diese Weise kommt es zu Fällen, in denen ein „verdächtiger“ Hund oder eine Katze Menschenleben und die ganze Umgebung bedroht. Namentlich in Städten, wo die Natur die Verbreitung der Tiere nicht regeln kann, hat demnach der Mensch, der sie daran hindert, ihre Pflicht zu übernehmen.

Rundfunk für Alle!

Programm für morgen, den 6. d. M.

Prag, 16.30: Konzert; 18: Deutsche Sendung. Dr. Schurer: Künstler von heute; 20.02: Musikalisches Cinerel. — Brunn, 19: Konzert; 20.10: Schauspielstunde. — London, 20.25: Koch-Bräudchen. — Paris, 21.30: Konzert. — Berlin, 20.30: „Der tödliche Stein“. — Stuttgart, 20: Kammermusik. — Leipzig, 20.15: Rierig-Abend. — Breslau, 20.15: Deutsche Frauenbildung. — München, 19: „Die Zauberflöte“. — Frankfurt, 18.30: „Nida“. — Wien, 20: „Falschginger“. — Zürich, 20.30: Musikalische Komödien.

Eine Arbeiterhochschule in England. Durch die Presse ist unlängst die Nachricht gegangen, daß der Generalrat der Gewerkschaften das Geschenk der Labour Party angehöriger Gräfin v. Warwick angenommen und sich entschlossen hat, das alte, historische Schloß der Familie Warwick in eine gewerkschaftliche Hochschule umzuwandeln. Der offizielle Pressedienst der Labour Party und der Gewerkschaften erzählt nunmehr die Vorgeschichte dieser Schenkung und die weiteren Pläne der britischen Gewerkschaften. Die Gräfin Warwick hat dies Geschenk nicht in einer plötzlichen Laune gemacht. Seit fünfundsiebzig Jahren Mitglied der Arbeiterpartei, hat Gräfin Warwick „Coston Lodge“ — so ist der Name ihres Familienbesitzes — schon seit einer Reihe von Jahren der Arbeiterbewegung zur Verfügung gestellt. Schon in der Vergangenheit wurden eine Reihe von Sommerschulen dort abgehalten, und das Schloß stand als Ferienaufenthalt Männern und Frauen, die im Dienste der Arbeiterbewegung tätig sind, zur Verfügung. Dort konnten sie sich, gegen ein kleines Entgelt, von den Mühen ihres Alltags zu einem Rasten erholen, das an Großartigkeit nichts zu wünschen übrig ließ: ein dreihundert Jahre altes Schloß, inmitten eines riesigen Parkes, der einen Teil des uralten Painault-Forestes bildet; Rasen und Blumenbeete. Das Haus selbst: getafelte Wände und ungezählte kostbare Einrichtungsgegenstände, die von vielen Generationen hier zusammengetragen und behütet wurden, nunmehr dazu bestimmt, denen zu dienen, die durch die gegenwärtige Wirtschaftsordnung davon ausgeschlossen waren, die Kultur vergangener Jahrhunderte anders als in Museen zu bewundern.

Ein deutsches Riesenslugzeug soll, wie Dr. Hugo Adner bei einem Vortrag in Düsseldorf mitteilte, demnächst gebaut werden. Der neue Aeroplan, der von den Dornier-Werken in Friedrichshafen hergestellt wird, soll alle bisherigen Konstruktionen überreffen. Er wird eine Flügelspannweite von 70 Meter besitzen und mit Motoren von über 30.000 Pferdekraften ausgestattet werden.

In Moskau wird zum erstenmal seit vielen Jahren in dieser Woche in dem nationalen Palast eines früheren Industriemagnaten wieder ein großer Maskenball stattfinden. Die Genehmigung des Balles durch die Regierung wird als Beweis für die Wiedereinführung des modernen Tanzes im heutigen Rußland angesehen.

Wegen eines Kreuzworträtsels hat sich der Rellner Julius Antal in einem Caféhause auf der Ringstraße in Budapest erschossen. Man fand bei ihm einen Brief, dem ein Kreuzworträtsel beigelegt war. In diesem Briefe teilt er mit, daß das Motto der Tat die vergebliche Veruche Lösung des beifolgenden Kreuzworträtsels sei.

Eine Nachtwandlerin ist bei einem nächtlichen Spaziergang auf dem Dach eines Hauses in Eppingen bei Wörtheim abgestürzt. In dem Augenblick, als die 23jährige Tochter des Bahnbeamten Harisch von ihrem Bruder angerufen wurde, stürzte sie vom Dach herunter auf die Straße, wo sie mit schweren Verletzungen liegen blieb.

Seine Frau und seine drei Kinder hat der Bäcker Oskar Walster in Ziegenhain bei Jena mit einem eisernen Hebel der Rnetmaschine erschlagen. Die Nordkommission hat sofort die Suche nach dem Bädemeister, der nach der Tat plötzlich verschwinden ist, aufgenommen. Er scheint die Tat im Zustand plötzlicher geistiger Umnachtung verübt zu haben. Den unglücklichen Opfern sind die Schädeldeden eingeschlagen, so daß das Blut in der Kleinen Schlämmer an den Wänden hochgespritzt ist.

Die von Moser und Jord finanzierte Nordpol-Expedition wird Ende dieses Monats mit dem Schiff „Zhaniet“ in Norwegen erwartet. Die Expedition beabsichtigt, von Ringöbaj aus nach Spitzbergen

Nordostküste zu fliegen und dann zur Ueberfliegung des Nordpols mit einer dreimotorigen Fokkermaschine zu starten.

Der Kanonier John Lincoln, der Sohn des bekannten Abenteurers Trebitsh-Lincoln, ist wegen Mordes zum Tode verurteilt und am Dienstag Morgen im Gefängnis Shepton Mallet gehängt worden. Sein Vater, der sich auf der Reise von Ceylon nach England befand, um ihn noch einmal zu besuchen, konnte England nicht rechtzeitig erreichen, da er in Marseille seine Schiffsrechnung nicht bezahlen konnte und dadurch einen unvorhergesehenen Reisaufenthalt erlitt.

Ein Sittlichkeitsverbrechen eines Rektors wird aus Adlershof bei Grünau gemeldet. Rektor Wilhelm Frank, ein 51 Jahre alter verheirateter Mann, stand seit 20 Jahren im Schuldienst und wird beschuldigt, eine Schülerin in sein Amtszimmer genommen und sich dort an ihr vergangen zu haben.

Drei Jahre für einen Diebstahl. In der Nacht zum 13. Dezember v. J. wurde in Karlsbad in das Konfektionshaus Krugberger eingebrochen und Pelze im Werte von 31.000 K gestoh-

len. Die Nachforschungen der Sicherheitsbehörden ergaben, daß den Diebstahl der 21 Jahre alte Josef Rade, der bereits wiederholt wegen Diebstahls verurteilt und aus Karlsbad ausgewiesen ist, mit mehreren unaußgeforscht gebliebenen Helfern verübte. Außerdem fallen Josef Rade noch der Diebstahl einer Eisenkiste aus dem Besitze des Eisenwarenhändlers Jäger in Fischern und der Diebstahl von Kleidern und Effekten aus dem Besitze des Anton Reil in Fischern zur Last. Josef Rade, der angeklagt und verhaftet werden konnte, ist der Diebstahls größtenteils geständig und wurde vom Kreisgerichte Eger wegen Verbrechen des Diebstahles und Uebertretung der verbotenen Rückkehr zu drei Jahren schwerem Kerker mit vierteljährig einer Feste verurteilt.

Weserfischerrei bei einer Hochzeit. In Drechow (in Karpatorhland) kam es bei einer Hochzeit im Gotteshause während der Trauszene zwischen den Hochzeitsgästen zu einem erbitterten Streit, so daß der Geistliche gezwungen war, die Gendarmen zu Hilfe zu rufen. Bevor diese zur Stelle war, gab es bereits einen Toten und mehrere Verwundete.

Die Schnapspest in Rußland.

Als die Sowjetregierung im Oktober vorigen Jahres wieder den freien Verkauf des Schnapses einführte, der bei Beginn des Krieges verboten wurde, versuchte sie die fiskalischen Motive dieser volksschädigenden Maßnahme zu vertuschen und sich darauf zu berufen, daß man durch den freien Verkauf des Schnapses die Alkoholisierung des Landes durch den illegalen noch schädlicheren Fusel („Samogon“) am besten bekämpfen werde; man wolle, wie man sich damals ausdrücken pflegte, den Teufel mit Beelzebub austreiben.

Wenige Monate sind verstrichen und das Angeberliche dieser Politik tritt bereits klar zutage. Im zentralen Gewerkschaftsorgan „Trud“ vom 4. Feber ist eine Reihe von Stimmen aus verschiedenen Teilen des Landes zusammengestellt, die den Triumph des „legalisierten Beelzebubs“, das Wiederaufleben der Schnapspest schildern.

„Früher hat man dem Teufel nur im geheimen gehuldigt. Das wurde als verbrecherisch und verächtlich betrachtet. Jetzt huldigt man dem Beelzebub offen: Saus, so viel du willst, es wird niemandem verboten! Die Macht des Schnapses liegt in seiner Legalisierung, seiner Verbreitung, seiner allgemeinen Zugänglichkeit. Rein Wunder, daß man sich auf ihn so sehr gestürzt hat. Darüber erzählen die Arbeiter: „Eis Jahre haben sie gefastet und wollen nun, wie üblich, mit einem Rake das Versäumte nachholen. Es trinken buchstäblich alle: Arbeiter, Arbeiterinnen, Jugendliche. Man trinkt sogar die Kinder mit Schnaps“ (Bericht aus Lili no). „Nach der Lohnzahlung kann man auf dem Transport bis zu einem Drittel der Arbeiter besoffen sehen. Viele trinken drei bis vier Tage nacheinander“ (Bericht aus Tula). „Die Trunksucht nimmt unter den Arbeitern zu. An Lohntagen sind die Arbeiterbiererei mit zahlreichem Betrunknen überschwemmt“ (Bericht aus Leningrad). Diese Mitteilungen kommen von allen Seiten, aus Städten, Fabriken, Dörfern, Bergwerken, Küstengebieten. Es ist eine Tatsache: nach der Freigabe des Schnapses hat der Arbeiter angefangen, mehr und häufiger zu trinken. Auch die Zahl der Trinkenben hat zugenommen.“

Die Förderung der Alkoholpest hat sich bereits zu einer Gefahr für die Hebung der Industrie entwickelt. So berichtet man aus Leningrad, daß „nach den Zahltagen eine Zunahme der Ausschußprodukte

und der Zahl der Unglücksfälle in den Betrieben zu verzeichnen ist; in Kasan „wirkt die Trunksucht schädlich auf die Qualität der Fabrikproduktion und verringert in starkem Maße die Menge der Erzeugnisse“; in Lili no „leiden ganze Belegschaften von Webergewerken unter der Trunksucht der qualifizierten Arbeiter; es ist noch gut, wenn die betrunkenen Meister gar nicht zur Arbeit erscheinen, sie werden dann durch andere ersetzt; schlimm ist es, wenn sie betrunken zur Arbeit kommen: sie arbeiten nicht, reden kann man mit ihnen nicht, sie schreien und schimpfen und prügeln mitunter die Arbeiter“.

Zu gleicher Zeit hat der Schnaps „auch die Familie des Arbeiters, insbesondere die Frau, auf das Härteste betroffen“. Immer häufiger schlagen die Trunkenbolde mit den Fäusten drein, und bei den Arbeiterfrauen erscheinen grüne und blaue Flecken auf dem Gesicht. „Es gibt schon Arbeiterfamilien, wo wieder das Gespens des tausenden Mannes oder Vaters ausgetaucht ist. Wieder muß die Frau am Jahrtag am Fabrikstor stehen, um den Mann zu erwarten und ihn davon zurückzuhalten, in den staatlichen Schnapsladen zu gehen.“ „Wiederum steht die Frau des Arbeiters am Jahrtag beim Fabrikstor, redet auf den Mann ein, verlangt oder bittet bei ihm Geld. Gellingt ihr das nicht, so läuft sie zum Betriebsrat oder ins Fabrikbüro. Sind aber alle Möglichkeiten erschöpft, alle Mittel angewandt, ohne daß ein Erfolg eintritt, so bricht die Verzweiflung aus. Wohin soll man noch gehen? Vor wem soll man Klage führen? ... Die Kirchen beginnen sich schon mit Arbeiterfrauen zu füllen: der Mann vertrinkt den letzten Groschen, während die Frau von seiner Seite Hilfe findet. Sie läuft in die Kirche: vielleicht wird Gott helfen?“

Soweit die vorliegenden Berichte. Der „Trud“ hat nicht den Mut, die Schnapspestpolitik der Regierung zu bekämpfen, er sucht vielmehr als Mittel zur Bekämpfung des Alkoholismus die weiße Salbe der Antialkohol-Propaganda in den Vordergrund zu schieben. Auf den Erfolg einer solchen Propaganda bei gleichzeitiger staatlicher Förderung des Schnapsverkaufs wird kaum jemand ernstlich hoffen können.

Wie ein Hohn klingt es, daß gerade jetzt, wo diese Tatsachen allgemein bekannt sind und wo die

Provinzpresse täglich ähnliches und noch schlimmeres Material vorbringt, das Agitationsbüro der kommunistischen Zentrale „Thesen für Redaktoren und für die Presse“ über den Kampf gegen die Trunksucht“ veröffentlicht („Pravda“ vom 21. Feber), in denen die Vergende von der Bekämpfung der Trunksucht durch den freien staatlichen Verkauf des Schnapses wieder aufgefrißt wird. Es heißt in diesen Thesen:

„Das bedrohliche Anwachsen der Fuselbrennerei und ihre Ausdehnung auf immer größeren Kreise der Bevölkerung hat die Frage des Verkaufes des Schnapses als eines der Mittel aufgerollt, durch die die weitere Ausdehnung der Fuselbrennerei eingeschränkt werden soll. Der Schnapsverkauf wird dadurch gesetzlich, daß er den selbstgebrannten Fusel verdrängen soll.“

Natürlich läßt die Sowjetregierung „keineswegs den Schaden außer acht, der für die kulturelle und ökonomische Entwicklung des Landes mit der Verbreitung des Schnapses verbunden ist, aber... die Einnahmen, die der Staat aus dem Schnapsverkauf gewinnt, geben ihm zugleich die Möglichkeit, die Ausgaben für die Wiederherstellung der Großindustrie, die Förderung der Bildung usw. zu erhöhen.“

Die hier wiedergegebenen Argumente seien hiermit der deutschen kommunistischen Presse empfohlen, welche die staatliche Förderung des Alkoholismus im russischen Sowjetparadies als einen Kampf gegen die Trunksucht verherrlichen.

Humor.

Der Herr im Hause. „Bist du aus deinem Verein freiwillig ausgetreten?“ — „Natürlich bin ich freiwillig ausgetreten! Meine Frau wollte nicht haben, daß ich noch länger hingeh!“

Tropdem Herr Bollmann unmittelbar neuen Vaterfreunden entgegen, veräuerte er doch nicht seinen regelmäßigen Stammtisch. Als er nun das leytemale nach Hause kam und durchaus nicht ganz nüchtern, traf er bereits Arzt und Hebamme nach erfolgreicher Tätigkeit an. Die weiße Dame präsentierte ihm auch gleich das Neugeborene, aber Bollmann zeigte weder Begeisterung noch Verständnis und wankte mühsam und brummend zu Bett. — Am nächsten Morgen, wieder vollkommen nüchtern, begrüßte er etwas verlegen seine Frau, betrachtete das Kleinfle, wurde nachdenklich, sah sich, suchend um und fragte erstaunt: „Ja, wo ist denn das andere?“

In der Schule. „Jungens, ihr habt den Blutkreislauf noch nicht ganz begriffen. Wenn ich auf dem Kopfe stehe, schießt mir das Blut sofort in den Kopf; warum aber schießt es mir nicht in die Füße, wenn ich auf den Füße stehe?“ — „Weil die Füße nicht so leer sind.“

Richtige Diagnose. „Gestern abend, schwärmt der junge Ehegatte, als ich nach Hause kam, da hatte mir mein Weibchen den Lehnstuhl ans Feuer gerückt, die Pantoffeln zurechtgestellt, die Pfeife gestopft und —“ — „Wie gefiel dir ihr neuer Hut?“ fragte der Freund nüchtern.

Die Wette. Als der Amerikadampfer auf hoher See war, entdeckte man einen blinden Passagier in einem Rettungsboot. — „Wie kommen Sie dazu, sich hier zu verstecken?“ — „Es handelt sich um eine Wette: Ich will im offenen Boot über den Atlantischen Ozean fahren.“

Die Langweile.

Nein, ich werde nicht wieder von der Not der Arbeitslosen erzählen. Wer sich nicht kaltherzig dem Jammer seiner Nebenmenschen verschließt, wer nicht unbedingt und unbedenklich den Standpunkt vertritt, daß die Leute „sich nur selbst schuld sind“, der kann schließlich auch allein ausrechnen, wie eine Familie von den 17.50 Schilling der wöchentlichen Arbeitslosen-Unterstützung lebt. Er kann sich ausrechnen, wieviel übrig bleibt, wenn der Zins, das Brot, die Kartoffeln, die tägliche Eintremsuppe und die mit Kaffee (eigentlich Kaffeezusatz) braun gefärbte Milchsuppe bezahlt sind. Kann feststellen, was die Notwendigkeit eines neuen „Dopplers“ (von neuen Schuhen träumt man in diesen Kreisen nur) für das Budget bedeutet, und wieviel für jene Bedürfnisse übrig bleibt, die neben der Bekleidung schließlich den Abstand von den Tieren bedeuten. Das Alles läßt sich mehr oder minder genau berechnen. Und jeder, der der Frage ein paar Gedanken widmen will, kann wissen, wie die Arbeitslosen leben, wie sie leben können. Unermüßlich, von keiner Besrechnung ersparbar, aber ist die seelische Not des Arbeitslosen.

Sie hat keine pathetische Gebärde. Sie äußert sich vor allem in Langeweile. In einer seltsamen quälenden, bohrenden Langeweile. Und sie ergreift nur die Männer. Die Frau kann sich (ebenso wie ein Gebildeter, wenn auch aus anderen Gründen) niemals so langweilen wie ein arbeitsloser Proletarier. Sie hat immer zu tun, zu putzen, zu säubern, in Schubfächern zu kramen, die Herdplatte mit Ofenschwarz zu befeuchten oder mit einem schmutzigen Lappen über die Türklinken zu fahren (welche Prozedur „Geldes putzen“ heißt und in hohem Ansehen steht), oder sonst irgend- eine höchst dringende, Zeit und Gedanken beanspruchende Tätigkeit auszuführen. Aber die Männer — Man muß sie gesehen haben, wie sie mit leerem Blick vor sich hinstarrend, in irgend- einem Winkel des Zimmers sitzen, bei jedem Wort, das man spricht, in sinnlosem Wut geraten,

wie sie mit scheuem Blick auf die Glücklichen blicken, die mit einem Handwerksgerät die Straße entlang gehen. Man muß sie gesehen haben, wenn sie sich so fürchterlich, so grauenvoll, so unerträglich langweilen, daß es wie eine Krankheit ist.

Wenn ich meinen Rundgang mit dem Sammelbogen antrete, gehe ich, ohne es zu wollen, von einem Arbeitslosen zum anderen. Ich wähle mir Absicht eine Stunde, in der ich hoffen kann, nicht alle zu Hause zu treffen. Aber das hilft alles nichts. In der ersten Wohnung habe ich „Blind“. Der arbeitslose Tapezierergehilfe hat sich aufs Bett gelegt, um ein paar Stunden wenigstens zu verschlafen. „Daß der Tag länger wird“, sagt die Frau mit einem bösen, höhnischen Aufschrei. Aber sie besteht darauf, ihn zu wecken. Der Mann laumelt in die Küche, bläß, wirr, schlafbefangen. Ob er die Nacht durchschwärmt, getrunken hat? Ich weiß es nicht. Aber ich könnte es sehr gut verstehen, wenn er's getan hätte. Es fällt mir gewiß nicht ein, Trunksucht gutzuheißen. Aber was, was in aller Welt wäre nicht zu entschuldigend, wenn ein gesunder, kräftiger, arbeitsfroher Mann am Morgen nichts vor sich sieht als vierzehn oder sechzehn leere, schale, öde Stunden? Was soll er tun, sie zu füllen? Spazieren gehen? Das Wetter ist abscheulich. Lesen? Die gute Zeitung ist schon längst ausgelesen worden und an dem Käseblättchen, das die Nachbarin leiht, ist nicht viel zu lesen. Bücher gibt es nicht im Haus, auch fehlt dem Mann die Ruhe, die Sammlung, das Interesse für Bücher. In allen zusammen steht nicht, wo und wie er Arbeit finden könnte. Die öffentlichen Sammlungen, Bibliotheken, ach Gott, sagen mir's doch ehrlich: so weit sind wir noch lange nicht in Wien. Außerdem kostet das auch immer Geld, Fahrgehd, Eintrittsgeld, Garderobe-Gebühr. Was kann der Mann also anderes, was kann er harmloseres tun als trinken?

Der jüngste von den drei Dachdeckergehilfen liegt auch im Bett und schläft. Angeblich, weil er schon um vier Uhr morgens der Mutter bei der „Wäsche“ geholfen hat. Wenigstens behauptet das die Mutter. Die beiden älteren Brüder sitzen am

Tisch und spielen mit reichlich schmierigen Karten „Mariasch“. Sie schämen sich ein bißchen vor mir und ich schäme mich vor ihnen. Denn es sind brave, tüchtige, strebsame Burshen. Auf der Kommode liegt eine Laute mit handgeschriebenen Liedern aus dem Zupfgeigenhansl und die französische Unterrichtsbrief von Toussaint-Zagen-scheidt. Aber trotz alledem ist der Tag lang, unerträglich lang. Freilich sagen die Leute, die alles wissen und alles bedenken: „Du lieber Gott, um die Zeit haben die Fingelieder nie Arbeit gehabt. Das ist schon einmal so! Warum ist er Dachdecker geworden, wenn ihm das nicht paßt?“ Der erste Einwand ist zweifellos richtig. Was die Dachdecker früher zur Winterzeit gemacht haben, weiß ich nicht. Ich gestehe ehrlich, daß ich mir nie Gedanken darüber gemacht habe. Aber ganz bestimmt haben sie es leichter gehabt als heute. Die Zeit war nicht so hart, so grausam, so unerbittlich. Es gab Gelegenheitsarbeit, wenn Einer nur zugreifen wollte. Deute werden die Hände eingegriffen von den „Händen“, die sich zum Schneefahren drängen. Und was die Berufswahl anbetrifft? Nun, man wird nicht Dachdecker wie man Chemiker oder Jurist wird. Als der Kellner, der Polid, mit der Schule fertig wurde, war gerade kein Vater gestorben. Der Vormund, der es mit seiner Pflicht ernst nahm, war mit einem Dachdeckermeister befreundet. „I bring den Vuden zu mein Freund“, dekretierte er. „Danke schön, Onkel.“ antwortete der Neffe. Damit war die Sache erledigt. Der Kellner zog dann die beiden andern nach und die Mutter, die sich und die drei mit Waschen ernährte (sie ist noch nicht fünfzig, aber ihre Hände sind krumm gebogen von der Nichte, und bei schlechtem Wetter kann sie die Treppen nur nach rechts hinunter gehen, weil sie das Sprunggelenk nicht einbiegen kann) mußte zufrieden sein, daß die Söhne eine „gute Lehr“ fanden. Sie klagen auch nicht. Aber: „Die Tag sind halt lang“, sagt der Rudi und sieht mit einem Blick ins Leere, in dem sich die Verzweiflung seiner zwanzig Jahre spiegelt.

Auch der Gärtner hat „von rechts wegen“ um diese Zeit keine Arbeit. Er schläft aber nicht, son-

dern ist eifrig damit beschäftigt, seine Kleintreden zu legen. Sehr geschickt, sehr flink, sehr viel Übung verratend. Auf dem winzigen Herd kocht Wäsche, außerdem steht das Geschirrschiff bereit. Der Mann schämt sich, bei dieser häusfraulichen Tätigkeit ertappt zu werden. Die Frau ist „in Bedienung“, wäscht einer Frau Professor die Wäsche. Da bleiben die drei Kinder (das Älteste noch nicht vier) in Vaters Obhut. Er sieht so wütend aus, als wollte er das kleine quärende Dingelchen am liebsten in den Kochtopf werfen. Er tut es aber nicht, fängt viel mehr an, sie ganz kunstgerecht zu „fatschen“. „Wenn man wenigstens was zammelhauen dürfte“, ist sein einziger Wunsch. „Es wär' doch eine Abwechslung —“. Aber es gibt keine Abwechslung. Endlos dehnen sich die Tage, grau, trostlos. „Wenn die net wären — Und wenn man wüßt, es bleibt so —“. Die Geste ist nicht mißzuverstehen. Es gibt Leute, die sich wundern, daß Arbeitslose ihr junges Leben wegwerfen. Sollten wir uns nicht eher wundern, wenn sie es nicht tun.“

Als ich den langen Gang der Parade hinunterging, begegnete mir ein Mann mit einem Schlüssel in der Hand. Da ich mich nicht zurecht finden konnte, fragte ich ihn um den Weg aus der Paradestraße. Er erbot sich, mich zu begleiten, und als ich der Höflichkeit halber ablehnte (eigentlich war mir das Anerbieten sehr willkommen, kann ich mich doch noch immer in dem Labyrinth nicht zurecht finden) bat er beinahe siehentlich um die Erlaubnis. „Es vergeht da die Zeit a bißel“. Und dann erzählte er immer dieselbe Geschichte. Taschnergehilfe, abgebaut, arbeitslos, Frau, zwei Kinder. „bißel was auf der Lunge“ (er, sie und das Mädel). Arbeitsuche. Schließlich sagt er vertraulich-verlegen: „Wissen S', Frau, i geh jetzt alle Nachmittag a paar mal aufs Klofett. Es is do a bißel a Jerrfreuung. Wenn scho entschuldigend.“ Ich habe dem Manne entschuldigt. Es war im Naturland, das Verständnis. Wir leben, zweifellos, in einer schönen und vor allem in einer großen Zeit

Prager Kurse am 4. März.

Table with 3 columns: Item, Price, and another Price. Items include 100 holländische Gulden, 100 Reichsmark, 100 belgische Francs, etc.

Wollsmittelfahrt.

Ein internationaler Vergleich der Realloöhne in den Lebens- und Genussmittelindustrien. Der vor kurzem veröffentlichte Tätigkeitsbericht des Sekretariats der Internationalen Union der Organisations der Arbeiter und Arbeiterinnen der Lebens- und Genussmittelindustrie enthält einen Vergleich der Realloöhne der Arbeiter der Lebens- und Genussmittelindustrie in den verschiedenen Ländern für das Jahr 1924.

Die Kohlensubvention im englischen Bergbau verringerte die Arbeitslosigkeit. Die von der englischen Regierung gewährte Subvention an den Kohlenbergbau, die allerdings viel höher war, als ursprünglich vorgesehen wurde — es sollten dafür zehn Millionen Pfund in neun Monaten verwendet werden, wogegen sie den Staat bereits in den ersten fünf Monaten 19 Millionen kostete — führte zu einer sehr erheblichen Abnahme der Arbeitslosigkeit im Bergbau.

Kleine Chronik.

Die Gefahren des Weisheitszahnes.

Der erschwerte Durchbruch eines Weisheitszahnes kann durch Schädigung der Schleimhaut recht unangenehme örtliche Störungen auslösen; es kommt zu Schwellungen, zu starken Schmerzen und oft muß der im Riefer festengebliebene Zahn operativ entfernt werden.

„Seitens der Gemeinde . . .“

Im Zeitungsbericht über eine Stadtverordnetenversammlung einer sächsischen Stadt kam u. a. folgender Satz vor: „Das Durchlegen von Wasser seitens der Gemeinde Oberlungwitz nach dem Färbereigrundstück von Bedert im Goldbachgrunde wird genehmigt.“

Am schrecklichsten ist aber die Wendung „seitens der Gemeinde“, die im Amtsdeutsch eine große Rolle spielt. „Nach Begrüßung der Ehrengäste seitens des Bürgermeisters ging man zur Erledigung eines Antrags über.“

Einen betrogenen Kaufüberfall auf den Postwagen des Juges von Paris nach Belfort macht eine Diebstahlbande in dem Augenblick, in dem der Zug in den Bahnhof Epoir-la-Ferrière einfährt.

Der Film.

Der Film „Doboc“ ist das selbe Fort-Erzeugnis, das wir feinerzeit unter dem Titel „Im Trommelfeuer“ besprochen haben.

Literatur.

Eine wichtige statistische Neuerung.

Soeben wurde die deutsche Ausgabe des „Statistischen Handbuchs der Tschechoslowakischen Republik II“ vom Statistischen Staatsamt herausgegeben. Da die im Jahre 1920 erschienene erste Ausgabe des Handbuchs in Ermangelung von Nachkriegsdaten hauptsächlich nur aus österreichischen und ungarischen Quellen entnommene Daten enthielt, ist die neue Ausgabe eigentlich das erste Sammelwerk unserer eigenen tschechoslowakischen Statistik.

„Die freie Gemeinde“, Organ für sozialdemokratische Kommunalpolitik, 8. Jahrg., Heft 5, vom 2. März 1926, enthält Aufsätze über: „Die Folgen der Sprachenverordnung für die deutschen Gemeinden“ von E. Böckl-Kuffig, „Eine Heilanstalt für geschlechtskranke Frauen“ von Dr. Emil Seger-Kuffig und „Die Verrufenen der Gemeindeautonomie in Italien“ (Schluß des in der Nummer vom 16. Jänner begonnenen Aufsatzes).

Kunst und Wissen.

Spielplan des Neuen deutschen Theaters. Heute Freitag halb 8 Uhr abends „Julius Cäsar“, Samstag „Die heilige Ente“, Sonntag halb 3 Uhr nachm. Arbeitervorstellung Gastspiel Kramer „Der Teufel, abends „Die verkaufte Braut“.

Spielplan der Kleinen Bühne. Heute Freitag (Deutscher Kulturverb.) „Die Puppe“, Samstag Premiere „Jonny's Busenfreund“, Sonntag nachm. „Die Mama vom Bollet“, abends „Jonny's Busenfreund“, Montag (Bankbeamtenvorstellung) „Charlens Tante“.

Verbreitet den „Sozialdemokrat“.

Herausgeber Dr. Ludwig Ugeč. Verantwortlicher Redakteur Wilhelm Riežner. Druck: Deutsche Zeitungs-A.G. Prag. Für den Druck verantwortlich: O. Holit.

Aus der Partei.

Die Monatsversammlung der sozialdemokratischen Studentengruppe findet morgen, Freitag, den 5. d. M. in der Verwaltung des „Sozialdemokrat“, Prag II., Refořanka 18, um 8 Uhr abends statt.

Bereinsnachrichten.

Touristenverein „Die Naturfreunde“, Ortsgr. Prag. Samstag Kunstwanderung, Sammlung 8 Uhr beim Kleinfener Brückenturm. Sonntag um 9 Uhr vorm., Ausstellungsplatz Holeřovský laut Programm. Wanderung kann angeschlossen werden.

Hausverkauf.

Der Südböhmische Zentralkonsumverein verkauft das Haus in Kruman, Fingierstraße Nr. 266. Der Käufer muß die Verpflichtung übernehmen, dem Konsumvereine nach Ablauf des Mietvertrages, ein im Portierre liegendes, entsprechendes Geschäftszimmer für den Fall des Bedarfs für mehrere Jahre freizumachen.

KINO-PROGRAMM vom 5. bis 11. März 1926.

Wran Urania-Kino. „Die Verrufenen“ Gr. Ständedrama. „Der Wirt“.

LIDO 10. „Der gute Soldat Svejk“ Nach dem humorist. Roman von Jaroslav Hašek.

Wo vertehren wir?

Café Continental, Prag-Graben. Goldenes Arenal, Prag-Refořanka.

Gastwirtschaft „Lidový dům“ der Genossenschaft „Ganymed“ Täglich PRAG II., Ujbernská Nr. 7.

Café „Nizza“ Kgl. Weinberge, Pochova 27. Unser Stammlokal.

DRUCK- u. VERLAGSANSTALT Gesellschaft m. beschr. Haft.

empfehlenswert den p. L. Behrdou, Vereinen, Organisations, Gemeldeten und Kaufleuten zur Darstellung von Druckarten wie: Tabellen, Büchern, Broschüren, Zeitschriften, Zirkularen, Mitgliedsbücher, Einladungen, Plakaten, Flugblätter, Faktionen, Briefpapiere usw. in solider und rascher Ausführung. Setzmaschinenbetrieb an 1 Rotationsbetrieb.

IN TEPLITZ-SCHÖNAU Tschelcherstraße Nr. 6

Prager Filmbörse.

Von den neuen Producers Distributing-Erzeugnissen wäre der Film „Die unbändige Jugend“ wegen seiner äußerst gefunden Tendenz hervorzuheben, aber die Amerikaner verstehen leider zu wenig von Psychologie. Das hat zur Folge, daß man manchmal den völlig unbegründeten Charakterwandelungen nicht folgen kann.

Großzügig ausgestattete Spielfilme sind die Paramount-Erzeugnisse, die im Bereich der Filmwerke erscheinen. Das Sensationsdrama „Die Todesstrahlen“ schöpft seinen Stoff aus der Welt der Technik. Ein junger Gelehrter (Antonio Moreno) erfindet eine Radiomachine, mit deren Hilfe er tödende Strahlen ausscheiden kann.

gab wurde das Lustspiel „Monty Banks will Goffmeister werden“ vorgeführt, das von seinen Zuschauern eine derart sinnliche Einfühlbarkeit voraussetzt, daß man sie mit bestem Willen nicht aufbringen kann.

Die American brachte diesmal auch einen deutschen Film zur Vorführung, ein recht zugkräftiges, unterhaltendes Stück: „Die verkaufte Braut.“ Die nette Handlung stellt zwei Männer in den Mittelpunkt: der eine ist ein Glücksvogel (Bruno Kastner), der andere ein ungelückter, drockiger Jüngling, der ewig vom Pech verfolgt wird (Paul Heidemann).

Von den neuen Metro Goldwyn-Erzeugnissen sind zwei glänzende Spielfilme hervorzuheben. Der

eine ist die unabhängige Fortsetzung des letzten Jackie Coogan-Filmes „Der Haderlum p“ unter dem Titel „Handie“ (Alte Kleider). Jackie Coogan gibt eine schauspielerische Leistung, wie schon lange nicht und erweckt völlig den Anschein, als wäre die gewisse Dressur, die sich früher unangenehm geltend gemacht hat, gänzlich von ihm gewichen. Die Handlung ist sehr flott und unterhaltend zusammengestellt und mit einer ganzen Reihe launiger Szenen würzig gemacht.